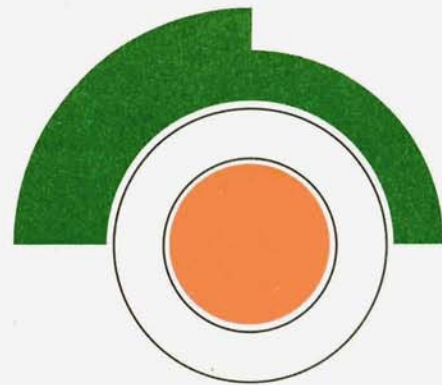


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 5



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 17. 3. 1992

WORT UND WIDERWORT

Verstärkt die Diskussion um Änderung des Asylrechts die Ausländerfeindlichkeit?

Eine öffentlich geführte Diskussion um die Änderung des Asylrechts müsse nicht zwangsläufig ausländerfeindliche Tendenzen verstärken. Leider sei dies aber in unserem Land anders. Die ständig wachsende Zahl von Asylbewerbern und die damit verbundenen Probleme der sozialen Betreuung und Unterbringung durch die Kommunen würden in den politischen Schlagabtausch zwischen den Parteien hineingezogen. Damit werde das Klima latenter Ausländerfeindlichkeit begünstigt. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Edgar Moron**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, das Klima sei gefährdet durch eine seit Jahren massiv zunehmende unkontrollierte Zuwanderung unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Asylrechts. Die Bürger seien aufs höchste beunruhigt. Sie stellten fest, daß die Politik nicht agiere, sondern nur hilflos reagiere. Es sei widersinnig, die Frage nach einer besseren Asylpolitik in Wahlkämpfen zu tabuisieren. Die F.D.P.-Abgeordnete **Dagmar Larisika-Ulmke** betont, sie beobachte mit Sorge, daß die anhaltende Diskussion zu diesem Thema offenbar zum Kernpunkt anstehender Landtagswahlkämpfe hochstilisiert werde. Auf diese Weise täusche man der Bevölkerung zunächst operative Hektik vor, um dann die Dinge derart zu relativieren, daß angenommen werde, es geschehe scheinbar nicht. Die Debatte um ein zeitgemäßes Asylrecht müsse daher ohne weitere Polarisierung geführt werden. Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** macht deutlich, wer Haß säe, ernte Gewalt. Fakt sei: Es gebe kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Wahrnehmungsproblem. Bundesweit fehlten 2,5 Millionen Wohnungen, und die strukturelle Arbeitslosigkeit beunruhige die Menschen. Asylbewerber machten 1989 nur zehn Prozent aller Zuwanderer aus und die Zahlen gingen zurück. Die Diskussion um das Asylrecht sei ein politisches Ablenkungsmanöver von sozialen Problemen mit rassistischen Untertönen. (Seite 2)

Rau stellte neuen Nord-Süd-Beauftragten Schroer vor Konzeption für Entwicklungshilfe

Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) hat am Mittwoch, 11. März, im Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit über entwicklungspolitische Möglichkeiten des Landes berichtet und dabei den neuen Nord-Süd-Beauftragten **Jürgen Schroer** vorgestellt.

Vor dem Ausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden **Jürgen Büssow** (SPD) machte der Regierungschef deutlich, daß er den konkreten Friedensdienst mit kurzfristigen Einsätzen in Übersee, die engagierten Helferguppen sowie die berufsbezogene Bildung von überseeischen Stipendiaten als die wichtigsten Faktoren der Entwicklungspolitik des Landes ansieht.

Rau, der zum ersten Mal einer Sitzung des Unterausschusses beiwohnte, bekräftigte allerdings, das Land könne keine genuine Entwicklungspolitik betreiben, sondern nur Anstöße geben. „Wir sind immer nur eine Fußnote. Wir können keine eigene Entwicklungspolitik in Konkurrenz zum Bund machen.“ Er griff einen Vorschlag des F.D.P.-Sprechers **Dr. Horst-Ludwig Riemer** auf, der angeregt hatte, jede Fraktion sollte ein Grundsatzpapier zur Entwicklungshilfe

erstellen. Diese Grundkonzeptionen sollten dann unter den Fraktionen ausgetauscht werden. Auch der Vorschlag des CDU-Abgeordneten **Norbert Giltjes** und der Grünen-Sprecherin **Bärbel Höhn** nach einer Anhörung stieß auf Sympathie. (Seite 16)

Die Woche im Landtag

Tiefe Trauer

Tiefe Trauer und große Bestürzung hat die Nachricht vom Tode des ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes, **Heinz Kühn** (SPD), im Landtag ausgelöst. (Seite 3)

Archivprobleme

Der Kulturausschuß des Landtags und die Landesregierung wollen die Arbeit des Archivs für alternatives Schrifttum (afas) in Duisburg-Rheinhausen sicherstellen. (Seite 4)

Maastricht

Die vier im Landtag vertretenen Fraktionen haben die Verhandlungsergebnisse des Europäischen Rates bei der Konferenz in Maastricht unterschiedlich bewertet. (Seite 5)

Neue Mitte

Bei einer ersten Aussprache im Plenum über das Projekt Neue Mitte Oberhausen wurden viele Fragen aufgeworfen. (Seite 10)

Datenschutz

Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) mißt der Entwicklung des Datenschutzes auf europäischer und internationaler Ebene große Bedeutung zu. (Seite 13)

Fußballbilanz

Auch eine Frau spielt als Flügelflitzerin beim Fußball mit. Der FC Landtag zog nach seiner erfolgreichen ersten Saison Bilanz. (Seite 17)



Das Neueste zum Karl-May-Jahr

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Asylprobleme wachsen den Städten über den Kopf

Von
Edgar Moron

Um es vorweg zu sagen: Eine öffentlich geführte Diskussion um die Änderung des Asylrechts muß nicht zwangsläufig ausländerfeindliche Tendenzen verstärken. Leider ist dies aber in unserem Land anders. Die ständig wachsende Zahl von Asylbewerbern und die damit verbundenen Probleme der sozialen Betreuung und Unterbringung durch die Kommunen werden in den politischen Schlagabtausch zwischen den Parteien hineingezogen. Damit wird das Klima latenter Ausländerfeindlichkeit begünstigt. Es ist ein schlimmer Verstoß gegen die Prinzipien der Humanität und Menschlichkeit, wenn z. B. die Union bei Wahlkampagnen mit dem Thema Asyl Gefühle, Ressentiments und Aversionen anspricht. Die Wahlen in Bremen, Rheinland-Pfalz und Hessen liefern hierfür zahllose Beispiele. Mit Begriffen wie z. B. „SPD-Asylanter“ oder „Scheinasylanter“ hebt die Union Tabus an. Wenn das Asylrecht zur Manövriermasse aggressiver politischer Dummschwätzeri verkommt, müssen wir uns nicht über

SPD: „Kein Parteienstreit auf Rücken der Ausländer“

Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegenüber Ausländern wundern.

Der Versuch von CDU und F.D.P., das Bleiberecht für Roma in NRW als Instrument zum Sturz von Innenminister Herbert Schnoor zu mißbrauchen, hat diese Minderheit an den Pranger parteipolitischer Auseinandersetzungen gestellt. Dies fördert Vorurteile gegenüber Ausländern.

Es wird höchste Zeit, den Streit über das Asylrecht zu beenden und das Asylverfahren drastisch zu beschleunigen. Der von CDU/CSU, SPD und F.D.P. eingebrachte Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Asylverfahrens, der Gemeinschaftsunterkünfte für einen begrenzten Zeitraum und die Konzentration der gesamten Verwaltungszuständigkeit beim Bund vorsieht, ist der richtige Weg. Es ist bedauerlich, daß die Union den Parteienkompromiß durch einen Antrag auf Einschränkung des Grundrechts auf politisches Asyl in Gefahr bringt. Statt Fortsetzen des alten Streits über eine Änderung des Grundgesetzes sollten wir uns um die Lösung praktischer Probleme bemühen.

Von
Heinz Paus

Ich weigere mich, von einer verbreiteten Ausländerfeindlichkeit in unserem Land zu sprechen. Trotz der schlimmer Übergriffe einzelner — nur teilweise politisch motivierter — Gewaltkrimineller auf Unterkünfte von Asylbewerbern in den letzten Monaten des Jahres 1991 haben wir in unserem Land ein grundsätzlich für Ausländer offenes und freundliches Klima.

Darauf sind wir auch angewiesen, um die vollständige Integration der hier in den sechziger Jahren zugewanderten Gastarbeiter, ihrer Kinder und Enkelkinder zu ermöglichen, aber auch, um künftig tatsächlich politisch Verfolgten noch Schutz bei uns bieten zu können.

Das Klima ist gefährdet durch eine seit Jahren massiv zunehmende unkontrollierte Zuwanderung unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Asylrechts. Bei monatlich mehr als 30 000 Antragstellern und einer Anerkennungsquote von z. Z. rund fünf Prozent fragen die Bürger, weshalb die Verfahren monate- und jahrelang dauern müssen, weshalb der Großteil der Antragsteller trotz Ablehnung bleibt, weshalb es nicht gelingt, innerhalb kurzer Frist die zurückzuschicken, die keine Asylgründe haben. Sie sehen, daß die Probleme den Städten

CDU: Klima gefährdet durch unkontrollierte Zuwanderung

über den Kopf wachsen. Sie fragen, weshalb Milliarden von Steuergeldern für die Abwicklung unbegründeter Asylverfahren aufgewandt werden. Warum hilft man mit diesem Geld nicht den wirklich Armen in den Krisenregionen Ost- und Südosteuropas?

Die Bürger sind aufs höchste beunruhigt. Sie stellen fest, daß Politik nicht agiert, sondern nur hilflos reagiert. In den Meinungsumfragen hat die Asylpolitik höchste Priorität. Die Bürger fragen die politischen Parteien, was sie unternehmen wollen, um die unkontrollierte Zuwanderung zu stoppen und das Asylrecht auf die wirklich politisch Verfolgten zu konzentrieren. Es ist widersinnig, die Frage nach einer besseren Asylpolitik in Wahlkämpfen zu tabuisieren. Wo — wenn nicht in Wahlkämpfen — soll denn über die besten politischen Konzepte gestritten werden?

Es ist geradezu geboten, die Probleme aufzuzeigen und nüchtern und sachlich Lösungsvorschläge vorzustellen.

Wer diese Diskussion tabuisiert und damit den Bürgern vorhält, schon diese Diskussion sei „ausländerfeindlich“, trägt die Verantwortung dafür, daß vernünftige Lösungen unterbleiben. Wer die Probleme tabuisiert, trägt die Verantwortung für eine Gefährdung unseres ausländerfreundlichen Klimas.

Von
Dagmar Larisika-Ulmke

Ja, es besteht durchaus die Gefahr, daß die derzeit geführte Diskussion um die Änderung des Asylrechts die Ausländerfeindlichkeit fördert. Aus diesem Grunde ist es nur konsequent, daß die F.D.P.-Landtagsfraktion bereits im November 1991 die Einsetzung eines Ausländerbeauftragten für Nordrhein-Westfalen gefordert hat, der als Ansprechpartner in Ausländerfragen auch hier und da die Wogen glätten könnte. Die Beratung und Beschlußfassung hierzu steht jedoch derzeit noch aus.

Mit Sorge beobachte ich, daß die anhaltende Diskussion zu diesem Thema offenbar zum Kernthema anstehender Landtagswahlkämpfe hochstilisiert wird. Auf diese Weise täuscht man der Bevölkerung zunächst operative Hektik vor, um dann die Dinge derart zu relativieren, daß angenommen wird, es geschehe scheinbar nicht. Die Debatte um ein zeitgemäßes Asylrecht muß daher nun zügig und ohne weitere Polarisierung geführt werden. Und das Ergebnis dessen ist für jedermann transparent zu gestalten — ob für die Bürger unseres Landes, ob für unsere

F.D.P.: Deutschland wie NRW sind ausländerfreundlich

Nachbarn in Europa, ob für diejenigen, die irgendwo in der Welt auf ihrem Koffer nach Deutschland sitzen. Nur ein verständliches, nachvollziehbares Asylrecht kann unser Land vor innerer sowie äußerer Unruhe bewahren und den ewig Gestrigen, den Extremen, den Wind aus den Segeln nehmen.

Deutschland wie Nordrhein-Westfalen sind ausländerfreundlich. Wir wachsen mit unseren europäischen Ländern immer enger zusammen und pflegen gute Nachbarschaft, wir sind für Anregungen und Einflüsse anderer Völker offen — sei es bei Kunst und Kultur, Sport und Wirtschaft, sei es beim Essen, bei der Bekleidung sowie bei dem Bestreben, andere Sprachen zu lernen. Hervorzuheben sind auch jene Hilfen, die wir anderen Völkern in akuten Not- und Katastrophenhilfen gewähren sowie die weltweit anerkannte kontinuierliche Entwicklungshilfe. Nicht zuletzt ist der Tourismus nach Deutschland und insbesondere von Deutschland aus zur für uns angenehmen Selbstverständlichkeit geworden, auch wenn wir damit als Deutsche im Ausland zu Ausländern werden.

Von
Roland Appel

„Es kann nicht sein, daß ein Teil der Ausländer bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen zieht, festgenommen wird und nur, weil sie das Wort Asyl rufen, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen“ (Klaus Landowsky, CDU-Fraktionschef in Berlin); „Was wir nicht brauchen, sind Wirtschaftsschmarotzer aus der ganzen Welt“ (Max Streibl, Bayerischer Ministerpräsident); „Asylschwindel ... Asyltourismus ... Scheinasylanter und Wirtschaftsfüchtlinge ... in Asylantenflut ertrinken“ (CDU-Fraktionschef Helmut Linsen in einer Sieben-Minuten-Rede); „Der Schreckens-Asylant“ (BILD); „durchrasste Gesellschaft“ (Bayerns Innenminister Stoiber, CSU); „Überprüfung ... an Ort und Stelle und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit“ (SPD-Fraktionsvorsitzender Farthmann).

Wen wundert es noch, daß bei einem derartigen Sprachgebrauch die Gewaltanwendung in der Wahrnehmung von Rechts-extremisten zu einem akzeptier-

DIE GRÜNEN: Wer Haß sät, erntet Gewalt

ten Mittel wird, das sich diejenigen, die in den Augen der Rechtsradikalen nur reden, zwar nicht anzuwenden trauen, heimlich aber damit übereinstimmen? Wer Haß sät, erntet Gewalt.

Fakt ist: Es gibt kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Wahrnehmungsproblem. Bundesweit fehlen 2,5 Millionen Wohnungen, und die strukturelle Arbeitslosigkeit beunruhigt die Menschen. Asylbewerber machten 1989 nur zehn Prozent aller Zuwanderer aus und die Zahlen gehen zurück. Die Zuwanderer und Zuwanderinnen zahlten unserem Gemeinwesen, so das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, in den letzten drei Jahren 57 Milliarden Mark an Beiträgen; sie kosteten — von der Sozialhilfe bis zum Sprachkurs — lediglich 16 Milliarden. Seit der Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber entwickelt sich dieses Verhältnis noch günstiger. Die Diskussion um das Asylrecht ist somit ein politisches Ablenkungsmanöver von sozialen Problemen mit rassistischen Untertönen.

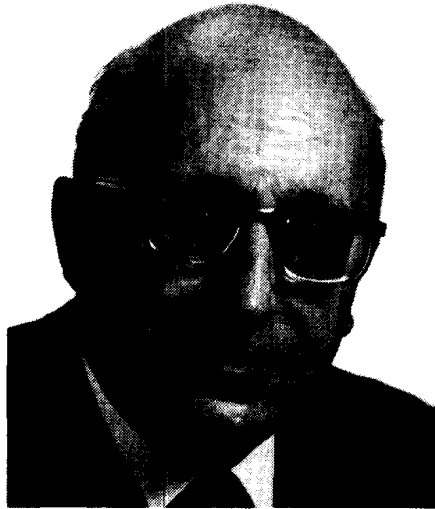
Heinz Kühn kurz nach 80. Geburtstag gestorben — Nachruf der Präsidentin

Nachricht vom Tod des früheren Ministerpräsidenten löste im Landtag tiefe Trauer und Bestürzung aus

Nach langer, schwerer Krankheit ist der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), in der Nacht zum Donnerstag, 12. März, nur wenige Wochen nach seinem 80. Geburtstag, in Köln gestorben. Kühn stand von 1966 bis 1978 als „Landesvater“ an der Spitze des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe würdigte des verstorbenen Ministerpräsidenten in einem Nachruf, der folgenden Wortlaut hat:

Tiefe Trauer und große Bestürzung hat bei den Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen und bei mir die Nachricht ausgelöst, daß Heinz Kühn in der letzten Nacht im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Heinz Kühn, der dem Landtag mehr als drei Jahrzehnte angehört hat und von 1966 bis 1978 Ministerpräsident unseres Landes war, hat die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen wesentlich geprägt. Die Spuren seines politischen Wirkens sind heute noch überall erkennbar und sie werden bleiben.

Heinz Kühn, der auf ein erfülltes Leben zurückblicken konnte, das ihn alle Höhen und Tiefen, die das Schicksal jemandem bereiten kann, erleben ließ, wurde 1912 in Köln geboren. Köln blieb, bis auf die zwölf bitteren Jahre seines Exils, die er als Emigrant in Prag und in Gent verbrachte, sein Wohnsitz und seine Heimatstadt. In dieser Stadt erfüllte er sich auch seinen Jugendtraum, als er nach seiner Rückkehr aus dem Exil Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“ wurde. Obwohl mit Leib und Seele Journalist, wechselte er doch



Heinz Kühn (SPD)

auf die „andere“, die politische Seite. Heinz Kühn gehörte bereits dem ersten frei gewählten Landtag von Nordrhein-Westfalen an; 1953 ging er in die Bundespolitik und widmete sich dort besonders den auswärtigen Beziehungen, der auswärtigen Kulturpolitik. 1962 kehrte er in den Landtag Nordrhein-Westfalen zurück und war als Spitzenkandidat seiner Partei bereits bei seinem zweiten Anlauf für das Amt des Ministerpräsidenten 1966 erfolgreich. Dieses Amt hat er insgesamt zwölf Jahre ausgeübt, und dem Landtag gehören heute noch viele persönliche Freunde von Heinz Kühn an, die ihn und seine Arbeit in den

60er und 70er Jahren begleitet haben. Ihm gelang die Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule mit Zustimmung der Opposition. Unter ihm wurden sieben Hochschulen bzw. Universitäten und die Fernuniversität Hagen gegründet. Heinz Kühn war an der Meisterung der ersten großen Bergbaukrise maßgeblich beteiligt. Die Regierungszeit von Heinz Kühn steht für moderne Krankenhäuser, Aufbau von Kindergärten und Lernmittelfreiheit. Mit dem „Entwicklungsprogramm Ruhr“, dem „Nordrhein-Westfalen-Programm '75“, setzte er dem politischen Handeln realistische Ziele, die er auch verwirklichte. So konnte er in einer unvergessenen Pressekonferenz 1975 feststellen, die „Bewahrung des Erreichten ist das Maximum des Erreichbaren“. Heinz Kühn gilt als der Reformpolitiker in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir alle sind ihm für diese Lebensleistung zu außerordentlichem Dank verpflichtet.

Heinz Kühn machte Politik mit heißem Herzen und mit kühlem Verstand. Mit seiner glänzenden rhetorischen Begabung und mit seinem taktischen Geschick hat er Parlamentsgeschichte geschrieben.

Ich habe von ihm gelernt, was Politik in einer offenen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft für die Menschen bedeutet. Ich habe von ihm gelernt, daß es politische Gegner, aber keine politischen Feinde gibt. Ich wollte, er wäre uns noch. Heinz Kühn hat sich um Nordrhein-Westfalen verdient gemacht. Der Landtag wird ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

Ingeborg Friebe

Hauptausschuß

Beherbergungsgewerbe sollte Zweitgeräte in Hotels je nach Saison abschalten

Die Landesregierung hält eine tatsächliche Erhöhung der Rundfunkgebühren um rund 40 Pfennig je Rundfunk- und Fernsehgerät im Beherbergungsgewerbe für vertretbar. Das erklärte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) für die Landesregierung in einer Aktuellen Viertelstunde des Hauptausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD).

Kniola hielt eine Abwälzung von mehreren Millionen Mark je Jahr durch Zweitgeräte im Beherbergungsgewerbe auf die Allgemeinheit für nicht zuträglich.

Bei der Aussprache vertrat CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi eine andere Position. Sie blieb bei der Kritik der Union an einem Verfahren der Rundfunkgebühren-Erhöhung, an dem das Hotel- und Gaststättengewerbe nicht ausreichend beteiligt worden sei.

Für die Grünen erklärte deren Sprecher Dr. Michael Vesper, der Begriff der Privilegierung des Beherbergungsgewerbes sei nicht gegeben. Die höheren Gebühren würden auf



Vor der Aktuellen Viertelstunde: v.l. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi (CDU), Fraktionsgeschäftsführer Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Minister Franz-Josef Kniola (SPD), Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD) und Ausschußassistent Hans Lennertz.
Foto: Schüler

die Preise durchschlagen, wenn man von einer Auslastung der Hotelzimmer von 50 Prozent ausgeht.

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde sprach sich für Gespräche des NRW-Wirtschaftsministers mit dem Verband des Hotel- und Gaststättengewerbes aus, um nach Möglichkeiten pragmatischer Regelungen zu suchen.

Vorsitzender Grätz gab abschließend zu bedenken, es sei offenkundig so, daß die Rundfunkanstalten in dieser Frage keinen Ermessungsspielraum hätten. Der Staatsvertrag gebe das so vor. Allerdings sollten zeitweilige Abmeldungen von Geräten bei Saisonbetrieben oder bei geringer Auslastung auch voll genutzt werden. (Ein weiterer Bericht aus dem Hauptausschuß folgt.)

Buchpaten spenden für die Restaurierung vom Zerfall bedrohter Werke

Düsseldorf will nach Münster und Bonn dritte Landesbibliothek werden

„Wir können nicht riskieren, daß eine solche Arbeit verlorengeht.“ Mit dieser Feststellung formulierte die Vorsitzende des Kulturausschusses, Hildegard Matthäus (CDU), den Konsens zwischen Landtagsausschuß und Landesregierung, das „Archiv für alternatives Schrifttum“ (afas) in Duisburg-Rheinhausen auch nach Auslaufen der ABM-Stelle für den Leiter der Einrichtung wegen seiner Bedeutung für das Land NRW zu sichern.

Keine staatliche Einrichtung sei zu einer solchen Sammlung in der Lage, betonte der Vertreter des Wissenschaftsministeriums, Ministerialrat Dr. Antonius Jammers. Hier sei aus privater Initiative seit 1980 alternatives Schrifttum, und zwar flächendeckend für NRW, gesammelt worden. Die Sammlung habe inzwischen 300 laufende Meter Umfang, jährlich kämen bis zu 30 Meter hinzu. Das Ganze sei relativ vollständig, befand Jammers und drückte Respekt vor

men, um das Thema „Landesbibliotheksaufgaben in Nordrhein-Westfalen“ zu erörtern. Vor knapp drei Jahren hatten Kulturpolitiker aus der SPD-Fraktion dieses Thema angestoßen, als sie bemängelten, die Landesbibliotheksaufgaben würden im Lande nicht recht wahrgenommen; man sollte daher prüfen, ob das Land nicht eine neue Landesbibliothek zur besseren Erfüllung dieser Aufgaben brauche.

In der Zwischenzeit hat eine Arbeitsgruppe des Verbandes der Bibliotheken des Landes Empfehlungen zu diesem Fragenkomplex ausgearbeitet, die Professor Gattermann als Sprecher dieser Arbeitsgruppe den Ausschußmitgliedern in Erinnerung rief. Da es aus mannigfaltigen Gründen in NRW wie in den anderen Flächenländern mit Ausnahme Bayerns nicht zu einer zentralen Lösung gekommen sei, solle vom Gedanken einer „Landesbibliothek auf der grünen Wiese“ endgültig abgegangen und das bewährte dezentrale Konzept der Arbeitsteilung und

der Universitätsbibliothek Düsseldorf für den Bereich Pflichtexemplare nur eine einzige zusätzliche Stelle zur Verfügung gestellt würde, dann würde dies als ein „Zeichen der Ermunterung“ verstanden. Gattermann machte zugleich deutlich, daß eine schnelle Regelung seitens des Gesetzgebers wünschenswert sei, die Ablieferungspflicht über die Printmedien auf Ton- und Datenträger auszuweiten.

Rektor Kaiser registrierte den Aufgabenzuwachs für die Bibliothek seiner Hochschule (Kaiser: „Schönster Bau auf dem Campus“) mit Stolz und Sorge. Solange die freiwillige Übernahme von Landesbibliotheksaufgaben die primären Pflichten der Bibliothek nicht beeinträchtigt, ergebe sich ein ausgezeichnete Synergieeffekt. Angesichts von mehr Studenten, neuer Fachbereiche und der intensiveren Nutzung gerate man zunehmend in eine Überlast, in der, da alle Rationalisierungsmöglichkeiten erschöpft seien, Dienstleistungen gekürzt werden müßten, wenn nicht zusätzliche Hilfe komme. In diesem Fall hätte er nichts dagegen, daß sich Bonn, Münster und Düsseldorf „Universitätsbibliothek/Landesbibliothek“ nennen würden.

In der Diskussion ließ der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, Sympathie für den Vorschlag der Arbeitsgruppe erkennen, auf den bestehenden Strukturen aufzubauen und sie fortzuentwickeln: „Wenn wir eine solche Landesbibliothek auf der grünen Wiese hätten, dann bräuchten wir das 50fache an Mitteln und Personal.“ Das Land müsse es sich leisten können, 30 zusätzliche Stellen für Bibliothekare zur Erfüllung der Landesbibliotheksaufgaben einzurichten.

„Einleuchtend“ fand Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) das Festhalten am dezentralen und kooperativen Modell. Sie regte an, verstärkt auf die Sammlung der regionalen Literatur zu achten, das sei ihrer Meinung nach eher willkürlich gelöst. Ein neues Abgabegesetz halte sie für unumgänglich, fuhr sie fort, da sich seit 1966 die Situation grundlegend geändert habe.

Im Verlauf der Sitzung informierte sich der Ausschuß bei einem Rundgang durch die Universitätsbibliothek über Erhalt und Aufschluß mittelalterlicher Handschriften, alter Drucke und wertvoller Nachlässe, etwa das „Juwel“ der Thomas-Mann-Sammlung, die ein Düsseldorfer Buchhändler der Universitätsbibliothek überlassen hat. Bei einem Blick in die Restauratorenwerkstatt, wo zwei Restauratoren und mehrere Auszubildende des Fachs Buchbinder arbeiten, wurde man mit den Problemen des unaufhaltsamen Zerfalls von Pergament, Leder, Papier und Holz konfrontiert. Angetan zeigten sich die Ausschußmitglieder vom Erfolg der von Rektor Kaiser vor Jahren ins Leben gerufenen Aktion „Buchpaten gesucht“, die in Kürze wiederholt werden soll. Hier können Privatleute und Firmen durch eine Spende die Restaurierung eines bedrohten Werks übernehmen. Sie erhalten darüber eine Urkunde und werden im gesicherten Band namentlich genannt. Die Idee der Buchpaten finde sie faszinierend, stellte die Ausschußvorsitzende Matthäus fest. Sie wünschte, daß sich der Erfolg der ersten Aktion, die in zwei Jahren 250 000 Mark an Spenden mobilisiert hat, bei der Wiederholung wiederum einstellt.



In einem Tresorraum mit konstanter Temperatur- und Luftfeuchtigkeit bewahrt die Universitätsbibliothek Düsseldorf ihre Schätze an mittelalterlichen Handschriften auf. Auf dem Bild eine Bibelhandschrift aus dem Jahr 1250 mit dem Text des Propheten Jesaja, in die einen Blick werfen (v.l.n.r.): Ernst Walsken, Karl Schulheis (beide SPD), Heinrich Meyers, Professor Dr. Renate Möhrmann (beide CDU), Dr. Eugen Gerritz und Manfred Böcker (SPD), Ausschußvorsitzende Hildegard Matthäus (CDU), Herr Karp von der Universitätsbibliothek und Reinhard Grätz (SPD). Diese Handschrift ist eine Glossenbibel aus Paris, die zur wissenschaftlichen Arbeit angelegt war und in Düsseldorf restauriert worden ist. Foto: Schüler

der Arbeit des afas aus. „Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung hat daran Interesse, das Material der Forschung zugänglich zu machen und zu sichern.“ Man habe es hier mit einem wichtigen Zeitdokument für unser Land zu tun. Die Idealisten in Rheinhausen erfüllten eine „Fast-Landesbibliotheksaufgabe“, die Finanzierung der Leiterstelle sollte sichergestellt werden, erklärte Professor Dr. Günter Gattermann, Leiter der Universitätsbibliothek Düsseldorf.

Der Kulturausschuß war Mitte März in dieser zwei Millionen Bände umfassenden „wissenschaftlichen Gebrauchsbibliothek“ (so die Definition von Professor Dr. Gert Kaiser, Rektor der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) zu einer Sitzung zusammengekom-

Kooperation weiterverfolgt werden. Allerdings sollte wegen des großen Ungleichgewichts beim Aufkommen an Literatur im rheinischen und im westfälischen Landesteil die Universitätsbibliothek Düsseldorf explizit damit beauftragt werden, neben den Universitätsbibliotheken Bonn und Münster, die diese Aufgabe gemeinsam seit 1824 wahrnehmen, Pflichtexemplare und Amtliche Drucksachen sowie Schrifttum über das Land und seine Menschen zu sammeln und die Regionalliteratur nachzuweisen. Gattermann bezifferte die für die Erfüllung der Landesbibliotheksaufgaben landesweit erforderlichen zusätzlichen Stellen auf 30; die notwendigen Finanzmittel zur Aufstockung der Sachmittel auf 600 000 Mark. Wenn etwa

Fraktionen: Unterschiedliche Bewertungen der Ergebnisse des Europäischen Rates in Maastricht

SPD und Landesregierung waren sich bei der Aussprache über drei Anträge zum Ergebnis des Europäischen Rates in Maastricht am 9. und 10. Dezember 1991 darin einig, daß die dort erzielte Vereinbarung kein großer Wurf sei. Von der CDU wurde klargestellt, die Bundesregierung habe in Maastricht mehr erreicht, als Experten vorher für möglich gehalten hätten. Die F.D.P. beklagte, daß es zu keinem gemeinsamen Antrag im Landtag gekommen sei. Von den Grünen wurde die Forderung nach einem Europa der gleichberechtigten Regionen bekräftigt. Ein gemeinsamer Antrag von CDU und F.D.P. (Drs. 11/3201) sowie ein Antrag der Grünen (Drs. 11/3204) wurden abgelehnt. Ein Antrag der SPD (Drs. 11/3028) erhielt mehrheitlich Zustimmung.

Jürgen Büssow (SPD) sagte: „Wir haben es in der Europäischen Gemeinschaft nach Maastricht ... mit einem weiteren Demokratieverlust zu tun.“ Die Länder der Bundesre-

Wünschen seien überhaupt gar keine Grenzen gesetzt. Wünschen könne man sich deshalb auch nach Maastricht immer noch mehr. Aber vergleiche man die Ausgangslage vor Maastricht mit den Ergebnissen, so gebe es überhaupt keine Frage, daß durch die Bundesregierung, den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister mehr erreicht worden sei, als alle Experten vorher für möglich gehalten hätten. Wer bedenke, daß kein anderes Land in Europa so föderal durchstrukturiert sei wie Deutschland, der müsse anerkennen, daß auch diese Ergebnisse von Maastricht wesentlich mehr seien, als man habe erwarten können. Der Abgeordnete meinte, die Aufnahme der Forderungen nach Festlegung des Subsidiaritätsprinzips, nach Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder im Ministerrat und der Einrichtung eines Ausschusses der Regionen in den Vertrag. Er bezeichnete es als völlig überraschend, daß, bevor der deutsche Text der Vereinbarung von Maastricht überhaupt vorgelegt habe, ein eigener Antrag der SPD-Fraktion zum Ergebnis des Europäischen Rates vorgelegt worden sei.

sind wir nämlich sehr unterschiedlicher Meinung, was die Ergebnisse von Maastricht angeht“, sagte Frau Höhn. Sie folgerte, man müsse sehen, daß Europa der Regionen ein schöner Begriff sei. Aber die Frage sei, wie werde Europa der Regionen definiert? Alle wollten ein Europa der Regionen, aber sie selber möchte eigentlich lieber ein Europa der gleichberechtigten Regionen, und das werde momentan bei der Europapolitik überhaupt nicht verwirklicht.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, tatsächlich seien nach seiner Überzeugung nach genauerer Analyse erhebliche Zweifel angebracht, ob Maastricht der große Wurf gewesen sei, als der ursprünglich dargestellt worden sei. Wesentliche Voraussetzungen, die der Kanzler vor dem Gipfel genannt habe, seien nicht erreicht worden. Tatsächlich fehlte dem Vertragswerk die innere Balance. Das Vertragswerk von Maastricht sei unklar und in sich unschlüssig. Es bedürfe der Nachverhandlungen und der Nachbesserungen, um akzeptabel und zustimmungsfähig zu wer-



Sorgen um den Föderalismus im künftigen Europa: v.l. Jürgen Büssow (SPD), Norbert Giltjes (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.), Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) und Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schüler

publik Deutschland verlören weitere Autonomien im Bereich Medien und Kultur sowie berufliche und allgemeine Bildung. Gleichzeitig erfahre das Europäische Parlament keinen nennenswerten Zuwachs an demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Die erheblichen Demokratiedefizite, das heiße die Verlagerung von Kompetenzen aus den Landesparlamenten und dem Deutschen Bundestag an ein politisches Exekutivgremium, die Kommission und die EG-Ministerräte, seien schon mehr als eine schlechende Entkonstitutionalisierung der parlamentarischen Demokratien in Europa. Westeuropa laufe Gefahr, am Beginn einer großen Legitimationskrise zu stehen. Büssow fuhr fort, weil die Ratifikation des Ergebnisses von Maastricht materiell irreversibles Recht schaffe, sei die Prüfung mit dieser Debatte noch längst nicht abgeschlossen. Es müsse nachgebessert werden im Hinblick auf die Rechte für das Europäische Parlament und die Stärkung der föderativen Struktur in Europa.

Norbert Giltjes (CDU) meinte, wie im Leben so sei es natürlich auch in der Politik: Den

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) betonte, alle Fraktionen seien für mehr Rechte des Landtages. „Aber wir haben formal nicht die Entscheidungskraft für einen gemeinsamen Antrag und einen für andere Landtage beispielhaften gemeinsamen Beschluß: Wenn wir in diesen existenziellen Grundfragen nicht unsere gemeinsame und gesamte politische Kraft konzentrieren, sondern Streit und Parteiegoismus in den Vordergrund stellen, werden wir mit unseren Diskussionen der Sache nicht nützen, sondern eher schaden.“ Es stelle sich doch langsam die Frage, ob ein Parlament, das mehr Rechte haben wolle, aber nicht zum gemeinsamen Handeln fähig sei, überhaupt mehr Rechte verdient habe.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Fraktions-sprecherin, bedauerte ebenfalls, daß kein gemeinsamer Antrag zustande gekommen sei. Der EG-Gipfel in Maastricht sei ein ganz entscheidendes Datum gewesen. Deshalb gebe es gerade, was Maastricht angehe, im Prinzip nur ein gemeinsames Interesse, nämlich den Föderalismus dort auch mit durchzusetzen. „In vielen anderen Punkten

den. Der Kanzler habe in Maastricht einer „hinkenden europäischen Union“ zugestimmt, einer ausgefallenen, sogar fest terminierten Währungsunion auf der einen Seite und einer heute unstrittig unterentwickelten politischen Union auf der anderen Seite. „Das können wir nicht mitvollziehen“, schloß Clement.

Rechtlicher Rahmen für die Sparkassen

Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband als Dachverband der 55 Sparkassen im Rheinland mit rund 36 000 Mitarbeitern hat eine neue Imagebroschüre aufgelegt, die u.a. auch über die Dialogpartner Auskunft gibt. Es sind der Landtag und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die über die rechtlichen Rahmenbedingungen der geschäftspolitischen Aktivitäten der Sparkassen bestimmen. Die Aufsicht über die Sparkassen üben die Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Köln sowie der Finanzminister — in Teilbereichen im Einvernehmen mit dem Innenminister — aus.

„Landesregierung rechnet die Schulen gesund“

Schwier: Eingeleitete Maßnahmen erfüllen schon 80 Prozent des Kienbaum-Gutachtens

Die im Kienbaum-Gutachten zur Lage der Schulen im Lande manifest gewordenen Mißstände sollten bei der erforderlichen Grundsanierung von der Landesregierung zusammen mit Kindern, Eltern, Lehrern, kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften und Oppositionsfraktionen im Landtag behoben werden. Ein entsprechender Antrag von CDU und F.D.P. (Drs. 11/3200) wurde am 21. Februar von der Mehrheit des Landtags in direkter Abstimmung abgelehnt.

Beatrix Philipp (CDU) hielt der Landesregierung vor, sie ziehe aus dem Gutachten die Konsequenz des Gesundrechnens anstelle der fälligen Grundsanierung. Sie erinnerte erneut an die Binsenweisheit, daß die Schule in erster Linie eine Veranstaltung für die Schüler sei, was ja auch vom Ministerpräsidenten und seinem Kultusminister so gesehen werde. Dennoch werde ein Handlungskonzept auf den Tisch gelegt, das im Endeffekt weniger Unterricht bedeute. Damit werde lediglich an den Symptomen herumkuriert. Die CDU werde sich „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln“ dagegen wehren, „daß Maßnahmen, die weniger Unterricht, weniger Bildung, Ungleichbehandlung innerhalb der Schulformen, Schließung von Schulen des allgemeinbildenden und beruflichen Bildungswesens sowie des zweiten Bildungsweges bedeuten, umgesetzt werden.“

Andreas Reichel (F.D.P.) nannte die Schulpolitik des Kultusministers eine „wirklich unwürdige Flickschusterei“, die zeige, wie verbraucht die Landesregierung nach 25 Regierungsjahren sei. Im Gutachten der Unternehmensberatung werde eine Grundsanierung verlangt und nicht ein „Kahlschlag“, der von der Regierung jetzt in die Wege geleitet worden sei. Hinzu komme der Versuch, daß mit „populistischer Lehrerschelte“ von dem eigenen Versagen abgelenkt werden solle. Zu einer echten Bildungspolitik (und nicht Bildungsabbau) gehöre die Einsicht, daß man merke, wie falsch die Prioritäten gesetzt würden und daß man die Kräfte konzentrieren müsse. Das zweite sei die Frage nach einer effizienteren Schulstruktur. Dabei sei nach Ansicht der F.D.P. ein leistungsfähiges zweigliedriges Schulwesen, das zu einer breiten Palette von Abschlüssen führe, eine „gute Grundlage für eine Allparteienkoalition zur Beendigung der leidigen Schulstrukturstreitigkeiten“.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) sah den Antrag als „ganz und gar überflüssig“ an; er sei sogar falsch, da er der Regierung eine Reihe von Maßnahmen unterstelle, die nicht mit ihren Absichten und denen der SPD-Fraktion übereinstimmten. Daher sein Urteil:

Das von den vereinigten Oppositionsfraktionen vorgelegte Papier habe nicht die Qualität eines seriösen Antrags. Wenn man ein neues Schulsystem fordern und im Landtag verabschieden würde, dann wäre damit noch lange nichts darüber gesagt, daß es auch in der Öffentlichkeit akzeptiert würde, gab Dammeyer zu bedenken. Und wenn im zweiten Bildungsweg „Doppelspurigkeiten“ beseitigt würden, könne man nicht von einem „Kahlschlag“ reden. Seine Fraktion sei an einer sachlichen Diskussion interessiert, die sich an den Details orientiere und nicht zu „pauschalen Rundumschlägen verkomme“.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) konnte im Handlungskonzept und im Nachtragshaushalt der Landesregierung nur „Konzeptionslosigkeit von Flickschustern“ erkennen und zeigte sich überrascht von der „Kaltblütigkeit“, mit der die Landesregierung über die gemeinsamen Proteste von Lehrern, Eltern und Schülern hinweggehe und den Betroffenen den zugesagten Dialog verweigere. Die Grünen könnten dem CDU/F.D.P.-Antrag nicht zustimmen, weil „Sie ärgerlicherweise keine Gelegenheit auslassen, die Sanierung der Schulen zum Hebel ihres alten, zum Teil uralten Bildungskonzepts zu machen“. Mit den Grünen seien Verschlechterungen im Bildungsbereich, wie sie die Landesregierung plane, nicht zu machen; bestimmen könne man nur den Forderungen von CDU und F.D.P. nach einem Arbeitszeitgutachten und der Aufhebung des Klassenbildungsgesetzes.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erinnerte an den Nachtragshaushalt und an die Kabinettsentscheidung zu Paragraph 5 des Schulfinanzgesetzes: Wenn das alles im Herbst greife, „werden 80 bis 85 Prozent der im Kienbaum-Gutachten zur Verbesserung der Schulsituation in NRW gestellten Forderungen erfüllt sein“. Dann seien die Wiederherstellung der Stimmigkeit und die Anpassung an die finanzpolitischen Realitäten auf den Weg gebracht. Der Nachtragsetat sehe erhebliche Verbesserungen im Personalhaushalt vor und eröffne den Schulen und der Aufsicht Dispositionsspielräume für befristete Beschäftigungsverhältnisse. Die Anhebung der durchschnittlichen tatsächlichen Klassen und Kursfrequenzen sei notwendig und geschehe in anderen Ländern auch, zudem blieben die Obergrenzen unverändert. Der Antrag sei ein „Schnellschuß, der deswegen auch nicht getroffen hat“.

Beatrix Philipp (CDU) erinnerte die SPD daran, daß sie seit 25 Jahren Verantwortung für die Schulpolitik trage, da sei es der falsche Weg so zu tun, als interessiere einen das „dumme Geschwätz der Opposition“ nicht. In einer Zeit, in der die Schülerzahlen steigen, arbeite die Regierung mit befristeten Arbeitsverträgen: Damit habe man ja schon in der Vergangenheit „tolle Erfahrungen“ gemacht. Sie unterstrich den Zusammenhang zwischen Schulpolitik und der „Schuldenpolitik“ des Landes, die dazu geführt habe, daß das Land ähnlich so hohe Schulden habe wie die inzwischen zusammengebrochene Sowjetunion.

Armut: „Grüne verzerren grotesk die Wirklichkeit“

Ursachen- und Wirkungszusammenhänge von Armut und Armutsentwicklungen auf der Basis eines erweiterten Armutsbegriffes sollen in die regelmäßige Berichterstattung über Armut in NRW nach dem Willen der Grünen einfließen. Über den Antrag dieser Fraktion (Drs. 11/3186) und über den SPD-Antrag „Einführung einer Landessozialberichterstattung“ (Drs. 11/3205) debattierte der Landtag am 21. Februar. Beide Anträge wurden einstimmig an den Sozialausschuß überwiesen.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) forderte, die Politik müsse sich dem „Problem der Armut in unserer reichen Gesellschaft endlich stellen“. Da helfe keine Verschämtheit, weil das „durchgestylte Selbstbildnis Nordrhein-Westfalens als dynamische und aufstrebende Industrieregion im Herzen Europas einen Klecks“ abbekommen könnte. Voraussetzung für den Bericht sei die materielle Definition der Armutsschwelle, er solle eine Gesamtschau bieten, um Zusammenhänge darzustellen – „daran anschließen müßte sich die Frage nach der tatsächlichen Relevanz der real existierenden Systeme sozialer Sicherheit.“ Damit komme die Praxis der Sozialhilfegewährung ins Zentrum der Betrachtung. Sie sei völlig damit überfordert, „für relevante Teile der Gesellschaft zur dauerhaften Existenzsicherung werden zu müssen“.

Horst-Dieter Vöge (SPD) meinte, man müsse den realen Armutsbegriff differenzieren und nicht global betrachten. In der Bundesrepublik seien derzeit vier Millionen Menschen (vor zehn Jahren waren es 2,3 Millionen) auf Sozialhilfe angewiesen; die Sozialhilfeausgaben hätten sich verzehnfacht. Die Zahl der Obdachlosen steige dramatisch. Die Erscheinungsform von Armut habe sich gewandelt, es gehe nicht mehr wie früher um das physische Überleben, sondern um Formen von Unterversorgung, die nicht mehr als äußeres, Elend in Erscheinung treten, für die Betroffenen aber nicht weniger brisant seien. Darum strebe die SPD an, zu verlässlichen Daten über die tatsächlichen



Verlässliche Daten über die Lebensumstände benachteiligter Menschen angestrebt: Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN, l.) und Horst-Dieter Vöge (SDP, r.).

Lebenslagen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu kommen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt den Grünen eine „groteske Verzerrung der Wirklichkeit in unserem Land“ vor. Wer den Armutsbegriff so weit fasse, begeben sich der politischen Möglichkeit den Menschen zu helfen, die es wirklich nötig haben. In Wahrheit sei es noch nie so vielen Menschen so gut gegangen wie heute, das soziale Netz sei dicht, die sozialen Leistungen solide finanziert. Der Abgeordnete führte das auf die erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bonner Bundesregierung zurück: „Wir sind eine durch und durch reiche wohlhabende Gesellschaft“. Da solle man nicht wie die SPD der Versuchung unterliegen, „das Zerrbild einer Elendsgesellschaft herbeizureden“. Dennoch verkenne die CDU nicht, daß es Probleme gebe. Die CDU wolle gern über die Überwindung dieses Sachverhalts nachdenken.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sah einen Wettlauf zwischen Grünen und SPD, „wer denn mehr Sozialhilfeempfänger oder Arme im Lande ausfindig macht“. Tatsache sei aber, daß Sozialhilfen dazu dienen, Armut zu beseitigen. In einer Gesellschaft mit dem höchsten Lebensstandard in der Welt könne man vom Bezug von Sozialhilfe nicht auf Armut schließen, fand Lanfermann. Man müsse die Sache schon richtig angehen und den Sozialminister des Landes auffordern, „seine Hausaufgaben zu machen“.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) stellte seit 1982 eine Zunahme des privaten Reichtums fest und auf der anderen Seite eine deutliche Zunahme der Zahl der an der Armutsgrenze lebenden Menschen: „Die Schere zwischen Reichen und Armen geht also immer weiter auseinander, und die vielzitierte Zwei-Drittel-Gesellschaft ist längst Realität geworden.“ NRW werde auch weiterhin alles in seinen Kräften stehende tun, um sozial Benachteiligten zu helfen. Dagegen sei vieles an der Bundespolitik unsozial. Der von den Grünen vorgeschlagene Armutsbericht sei bloß als ein Instrument gedacht, der Landesregierung Versagen in der Sozialpolitik vorwerfen zu können. Er weise zudem die Kritik zurück, NRW liege im Vergleich zu anderen Bundesländern in der Sozialberichterstattung zurück.



Das soziale Netz im Land ist dichtgewebt: Hermann-Josef Arentz (CDU, l.) und Heinz Lanfermann (F.D.P., r.).
Fotos: Schüler

CDU verlangt entschiedene Maßnahmen zur Ankurbelung des Wohnungsbaus

„Schnelle und unbürokratische Hilfe für die, die draußen vor der Tür stehen“ fordert angesichts des Felbestands von 400 000 Wohnungen im Lande der CDU-Antrag „Wohnungen für alle, Bürokratie abbauen, Bauland beschaffen“ (Drs. 11/3105). Der Antrag wurde nach plenary Beratung an den federführenden Wohnungsbauausschuß überwiesen. In einem Entschließungsantrag (Drs. 11/3278) wies die SPD darauf hin, daß trotz gestiegener Löhne die Einkommensgrenzen des zweiten Wohnungsbaugesetzes seit 1985 unverändert gültig sind; Bonn solle die Grenzen um zehn bis 15 Prozent anheben.

Brunhild Decking-Schwill (CDU) machte auf die Bremsen aufmerksam, die den Bau der erforderlichen 100 000 neuen Wohnungen pro Jahr behinderten: Die langen Bindungsfristen, fehlendes Bauland, eine immer noch geltende landesplanerische Prämisse, bei der Arbeiten und Wohnen getrennt werde, dabei wisse doch jeder „kundige Thebaner“ seit 15 Jahren, daß eine solche Landesplanung zu unübersehbaren Pendlerströmen und öden Schlafstädten führe. Besonders in den Ballungsrandzonen sollte neues Bauland ausgewiesen werden können, denn Städte brauchten Möglichkeiten zur Erweiterung, wenn sie nicht ersticken sollen. Baulandbereitstellung sei aber nur eine, wenn auch wichtige, Voraussetzung; was jetzt besonders dringend sei: Der Minister müsse handeln, „die Zeit für Situationsanalysen ist vorbei“.

Gerhard Wirth (SPD) ließ das Argument von der mangelnden Vorausschau in der Politik der Landesregierung nicht gelten: So habe vor drei Jahren niemand ahnen können, daß möglicherweise noch 1,5 Millionen Spätaussiedler aus Weißrußland in die Bundesrepublik kommen wollen. Im übrigen könne das Land nach dem Baugesetz des Bundes nicht einfach in die Planungshoheit der Gemeinden eingreifen. Auch das Wohnungsbauerleichterungsgesetz habe die Hoffnungen nicht erfüllt, die in es gesetzt worden seien. Die Kommunen nutzten zudem oft nicht den Handlungsspielraum, den ihnen die Gebietsentwicklungspläne gäben. Verlorene Subventionen halte er für den schlechteren Weg, da sie die Spekulation anheizten.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) sah vor allem in der Baulandausweisung und bei der Schließung von Baulücken große Probleme; das führe dazu, daß der Wohnungsbau im Lande immer noch stagniere. Außerdem dürfe man nicht länger tatenlos zusehen, wie Bauland in Erwartung weiter steigender Preise „gehörtet“ werde. Die Landesregierung müsse die Frage beantworten, wie sie es mit ihren Grundstücken halte und ob die Zusage stimme, daß sie verbilligt abgegeben werden können. Als Hindernis bei der Ausweisung neuer Bauflächen durch die Gemeinde kritisierte der Abgeordnete die Regierungspräsidenten, die in vielen Fällen keine neuen Bebauungspläne genehmigten.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) warnte davor, im sogenannten dritten Förderungsweg ein Allheilmittel zu sehen: Kurzfristige Wirkung führe nach zehn Jahren nur zu einer drastischen Verschärfung der Situation. Man könne nicht suggerieren, daß es einfach sei, „Wohnungen für alle“ zu schaffen, und wenn Bürokratieabbau gefordert werde, dann dürfe man darunter nicht Absenkung der Standards im Wohnungsbau verstehen. Außerdem könne ihre Fraktion der im Bund ausgegebenen Parole „Woh-

nungsbau geht vor Umweltschutz“ nicht zustimmen. Die Grünen sähen große Potentiale in der Innenentwicklung von Städten und Dörfern, hier seien Mobilisierungsmöglichkeiten im Interesse von Umwelt, Natur und Freiflächen. Auf Dauer, fügte sie hinzu, werde man um eine „Hortungssteuer“ nicht herumkommen: Solange Boden noch Spekulationsobjekt sei, dürfe man sich über mangelndes Bauland nicht beklagen.

Stadtentwicklungsminister Franz-Josef Kniola (SPD) unterstrich für die Landesregierung, daß sie nicht gewillt sei, die Priorität Innenentwicklung“ aufzugeben und in den Freiraum hineinzugehen: Das könne man sich in einem so dichtbesiedelten, hochverdichteten und mit vielen versiegelten Flächen belasteten Land nicht leisten. Im übrigen habe auch der Verzicht der zeichnerischen Darstellung von Wohnplätzen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2 000 Einwohnern in den Gebietsentwicklungsplänen nicht mit einem allgemeinen Bauverbot zu tun, weil dies die CDU behauptete. In diesen und den Landesentwicklungsplänen seien genügend Wohnungsbauflächen ausgewiesen, das Problem sei nur, sie würden von den Gemeinden nicht durch Bebauungspläne in Baurecht umgesetzt.

Siegfried Zellig (CDU) forderte auf, in einer Notsituation die Situation nicht nur zu beschreiben, sondern zu handeln. Es sei ein Versagen der Landespolitik, daß nicht genügend Wohnbaufläche bereitstehe, statt der angeblichen 750 000 Einheiten seien Grundstücke für höchstens 150 000 Wohnungen vorhanden.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) machte die Schwierigkeiten deutlich, die daraus herrühren, daß im sozialen Wohnungsbau die Einkommensgrenzen so lange nicht erhöht worden seien. Die Umsetzung der Wohnungsbauprogramme werde nicht durch das Fehlen von Bauland behindert. Damit Mieten auch in Zukunft bezahlbar bleiben, müsse man alles tun, was kostendämpfend wirken kann — „dazu gehört nach meiner Auffassung auch, daß wir uns Gedanken über die Baulandfrage machen.“

Volkmar Schultz (SPD) hielt der CDU vor, mit ihrer Forderung nach einem Förderprogramm für den freifinanzierten Wohnungsbau habe sie nach Jahren nun endlich die Katze aus dem Sack gelassen. Der CDU lägen nicht Wohnungen für die wirklich sozial Schwachen am Herzen, sondern ein zusätzliches, mit Steuern finanziertes Förderprogramm für den freifinanzierten Wohnungsbau. Die Innenentwicklung sei das Gebot der Stunde, man dürfe nicht in frühere Fehler zurückfallen, betonte Schultz.

Altlast Dhünnaue Minister soll „Druck machen“

Das „Fortsetzungsdrama Dhünnaue“ solle in Abstimmung mit der Stadt Leverkusen im Interesse der gesundheitlich bedrohten Menschen und des Grundwassers beendet werden. Das forderte die Fraktion DIE GRÜNEN in ihrem Antrag (Drs. 11/3184), den der Landtag am 20. Februar nach Beratung an den federführenden Umweltausschuß überwies.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) sagte mit Blick auf Bitterfeld und Leuna: „Kehren wir vor der eigenen Tür.“ In das Gebiet Dhünnaue habe die Bayer AG jahrzehntelang ihre Abfälle gekippt und damit die durch ihre Komplexität gefährlichste Altlast des Landes geschaffen. Trotz nachgewiesener Belastungen von Kindern sei es immer wieder zu „Verschleppungen von Entscheidungen gekommen, Verschleierungen und Verharmlosungen“. Immer noch bestehe Uneinigkeit über die Sicherung der Altlast. Ministerpräsident und Umweltminister sollten gegenüber der Chemiefirma „Druck machen“.

Ludgerus Hovest (SPD) sah keine Patentrezepte zur Lösung des Problems, das liege an der Zusammensetzung der Altlast und an der schwierigen rechtlichen Situation. Für die SPD sei es unabdingbar, daß die Industrie ihrer Verpflichtung nachkomme und zahle. Derzeit werde ein Sicherungskonzept fertiggestellt, das dann mit den Beteiligten diskutiert werde. Den Menschen würden keine „Horrorgemälde“ helfen, federführend sei die Stadt, für das Land bestehe kein Handlungsbedarf.

Georg Gregull (CDU) unterstrich die Zuständigkeit der Stadt Leverkusen, dennoch sei die Landesregierung in der Pflicht, und in den Fachausschüssen des Landtags sei eine intensive Beratung notwendig. Die CDU werde sich dabei von den Gesichtspunkten leiten lassen, daß nichts unter den Teppich gekehrt werden dürfe, daß „Hysterisierung“ zu vermeiden sei und die Landesregierung gegebenenfalls zu notwendigem Handeln angehalten werden müsse.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) kritisierte den Umstand, daß nach Erkennen der Gefährlichkeit nicht sofort und umgehend gehandelt worden sei; es gebe auch noch nicht zugesagte Spundwand um die Deponie, sondern nur Verträge und Folgeverträge. Er könne nicht von der Hand weisen, daß in der Dhünnaue ein ähnlich großes Gefährdungspotential wie in Bitterfeld liege. Da müsse man fragen, seit wann die Landesregierung davon Kenntnis habe und warum bisher nichts unternommen worden sei. Es fehle immer noch die klare Konzeption zur Sanierung und Sicherung. Umweltverwaltung funktioniere im Lande nicht.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bezeichnete die Altlast Dhünnaue als hochkomplexen und schwierigen Fall ohne Parallele im Bundesgebiet. Die Ablagerungen auf einer Fläche von 73 Hektar seien zwischen den 20er Jahren und 1963 erfolgt. Die Stadt habe inzwischen ein Büro „Altlast Dhünnaue“ eingerichtet und auch das Land

Landesbehörden, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sollten dazu beitragen, das vorhandene Defizit an Plätzen in Kindergärten abzubauen. Das forderte die CDU in einem Antrag (Drs. 11/3103), den der Landtag nach Debatte am 20. Februar an den Kinderausschuß überwies.

Heidi Busch (CDU) sah in der Förderung von Betriebskindergärten einen zusätzlichen Weg, das Angebot an Betreuung entsprechend den Anforderungen einer zeitgemäßen Familienpolitik zu erweitern. Auch kleinere Betriebe könnten einen Pool bilden, um eine solche Einrichtung zu betreiben. Die Landesbehörden sollten mit gutem Beispiel vorangehen, betonte die Sprecherin.

Heinz Hilgers (SPD) fand es wichtiger, an Kliniken oder Kaufhäusern Kindergärten zu errichten als bei Landesbehörden. Er freue sich aber, daß sich die CDU konstruktiv daran beteilige, das neue Kindertagesstättengesetz umzusetzen. Die SPD bleibe beim Prinzip des wohnortnahen Kindergartens und seiner Ergänzung durch Betriebskindergärten dort, „wo wir mit dem wohnortnahen Kindergarten allein den Bedarf nicht befriedigen können“.

Kindergärten in Wohnortnähe

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) machte Vorbehalte gegen den Schwenk der Landesregierung geltend: Früher habe es geheißt, das Kind dürfe nicht aus seinem Wohnumfeld herausgerissen werden, jetzt, da sich abzeichne, daß nach dem neuen Kindergartengesetz die Kommunen große Schwierigkeiten haben werden, ausreichend Kindergartenplätze einzurichten, „kommt auch das Wohlwollen in bezug auf Betriebskindergärten aus der Kiste“.

Brigitte Scheffler (DIE GRÜNEN) begrüßte ebenfalls den Antrag und hielt es für sinnvoll, die Initiative auch im Frauenausschuß zu beraten, denn die Entscheidung, in welche Tageseinrichtung ein Kind gehen solle, sei in erster Linie ein Problem von Frauen.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) wertete es positiv, daß die CDU daran Interesse zeige, die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten des Gesetzes zu nutzen. Die entsprechende Regelung im Gesetz des Landes finde bundesweit Interesse, das Land wachse da in eine Vorbildfunktion hinein. Man werde in Zukunft um Betriebskindergärten nicht herumkommen; er fördere sie und freue sich über jeden Betriebskindergarten, weil er mithilfe, das Problem der nicht ausreichenden Kindergartenplätze zu lösen.

helfe und werde weiterhelfen. „Aber eines muß immer klar sein und bleiben: Der Verursacher dieser Altlast ist nicht das Land, sondern ein großer Chemiekonzern unseres Landes.“

Antrag verlangt Schritte zu mehr innerer Sicherheit

In direkter Abstimmung hat der Landtag mit großer Mehrheit am 19. Februar den F.D.P.-Antrag „Sicherung der Rechtsstaatlichkeit in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/3041) abgelehnt.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) forderte die anderen Fraktionen dazu auf, ein „Zeichen zu setzen“ und von der Landesregierung ein Handlungskonzept zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Seit nunmehr zehn Jahren gebe es die „lautlose Kapitulation vor den als Kleinkriminalität verhandelten Massendelikten“; Verbrechen würden weniger bekämpft als bloß noch verwaltet. Die Polizei sei über den Abbau an Rechtsstaatlichkeit verunsichert.

Irmgard Schmid (SPD) wies das zurück: In NRW sei die Verfolgung von Straftaten ebenso konsequent wie in anderen Bundesländern. Der Innenminister des Landes bilige keine unrechtmäßigen Aktionen und die Polizei unterstütze das nicht mit „wohlwollender Begleitung“. Das vereinfachte Verfahren zur Bearbeitung von ausgewählten Delikten der Kleinkriminalität werde von der Polizei begrüßt und gebe ihr mehr Zeit für die Präventivarbeit.

Heinz Paus (CDU) begrüßte den CDU-Antrag und unterstrich, daß die Landesregierung „seit Jahren vor der ständig wachsenden Kriminalität kapituliert hat“. Die Polizei müsse heute mit den Kapazitäten der 70er Jahre eine hundertprozentig gestiegene Kriminalität bekämpfen, das Vertrauen der Bürger werde „tagtäglich erschüttert“. Es fehlten 7500 Polizeibeamte. Die Beamten müßten sich mit Technik aus den 50er Jahren herumschlagen. Wenn in Zeiten knappen Geldes Schwerpunkte gebildet werden müßten, dann habe die innere Sicherheit hohe Priorität. Vielleicht sollte man sie auch als staatliche Aufgabe in der Verfassung verankern, schloß Paus.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) machte darauf aufmerksam, daß Kriminalität auch durch die Gesellschaft gemacht werde: Wie viele Polizisten, fragte er, sollten eigentlich noch eingestellt werden, bis man meine, daß gesellschaftliche Mißstände bekämpft werden könnten. Kriminalität habe auch soziale Ursachen, so lebten im Lande sechs Millionen Menschen an der Armutsgrenze. Der F.D.P.-Antrag sei „großes Blendwerk“, denn in ihm finde sich nichts davon, daß es möglich sei, für 5000 Mark eine Thailänderin einzuführen oder Waffen und Rüstungstechnologie zu verkaufen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) prangerte die Diffamierungsmethode an, mit der gegen die Polizei gekämpft werde. Wenn er dies deutlich mache, dann werde sich die F.D.P. hinterher entschuldigen. Schnoor bezog sich dabei auf die Darstellung und Wertung einer Kanalblockade durch aufgebrauchte Bergleute.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) kündigte an, der alte „Trick“ des Innenministers funktioniere nicht, alle die mit dem Hinweis, sie wendeten sich gegen die Polizei, mundtot zu machen, die den Minister kritisierten.

SPD verweist auf Bundesverfassungsgericht — Opposition fordert mehr Staatsferne

Parlamentarier sollten sich bei Spitzenfunktionen in Rundfunkgremien mehr zurückhalten

Der Landtag hat in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Regelung der Inkompatibilität im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks und in der Rundfunkkommission (5. Rundfunkänderungsgesetz, Drs. 11/2635) gemäß der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses (Drs. 11/3088) abgelehnt. Ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion fand ebenfalls keine Zustimmung (Drs. 11/3223).

Johannes Pflug (SPD) sagte, die F.D.P. möchte gerne, daß der Vorsitzende des Hauptausschusses nicht dem Rundfunkrat des WDR oder der Landesrundfunkkommission angehören dürfe. Die CDU fordere, daß kein Inhaber oder keine Inhaberin eines parlamentarischen Mandates den Vorsitz des Rundfunkrates oder der Landesrundfunkkommission führen dürfe. Die Grünen seien der Meinung, daß kein Landtagsabgeordneter dem Rundfunkrat angehören dürfe. Die SPD vertrete dagegen die Auffassung, daß die Zusammensetzung des Rundfunkrates und der Landesrundfunkkommission in den Gesetzen befriedigend geregelt sei. Diese Haltung werde nachdrücklich bestätigt durch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts, das zudem auch keine Inkompatibilitätsprobleme gesehen habe. Im übrigen verwies Pflug darauf, daß der Vorsitzende des Hauptausschusses diesen gemäß der Geschäftsordnung des Landtags ausschließlich im Innenverhältnis des Parlaments vertrete und nicht nach außen.

Ruth Hieronymi (CDU) erklärte, man werde hier bald noch häufiger über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner Probleme sprechen, wenn man nicht ent-

schieden bereit sei, den politischen Einfluß in den Gremien des Rundfunks zu reduzieren. Man teile das Anliegen der F.D.P. Man sei von seiten der CDU allerdings der Meinung, daß sich Parlamentarier in den Gremien des Rundfunks generell stärker zurückhalten sollten, was die Spitzenfunktionen angehe. „Deshalb schlagen wir vor, daß solche Funktionen nicht mehr von Parlamentariern wahrgenommen werden sollten.“ Sie denke, es wäre eine Absicherung, eine Erleichterung, eine Hilfe für den WDR, wenn auf diese Weise tatsächlich mehr Staatsferne im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verwirklicht werden könnte.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, meinte, Vorsitzender des Hauptausschusses des Landtages und Vorsitzender des Rundfunkrates des WDR in einer Person passe nicht zusammen. Die F.D.P. hätte es begrüßt, wenn der Vorsitzende des Hauptausschusses des Landtags nach seiner Wahl zum Rundfunkratsvorsitzenden des WDR von seinem Amt als Vorsitzender des für Medienfragen zuständigen Ausschusses des Landtages zurückgetreten wäre. Er vertrete die Interessen des WDR-Rundfunkrates nach außen. Schon allein dadurch sei die Wahrnehmung dieser Aufgaben eine Interessenkollision. Denn wenn der Vorsitzende gleichzeitig Vorsitzender des für Medienfragen zuständigen Ausschusses des Landtages sei, wisse man nie, in welcher Rolle und mit welchem Hut auf dem Kopf er spreche.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Fraktions-sprecherin, erinnerte daran, daß „natürlich eine Interessenkollision vorhanden“ sei. Wenn man beispielsweise an die Frequenzvergabe denke. Der Hauptausschuß sei für die Frequenzvergabe zuständig. Die Abgeordnete unterstrich ferner, man wisse, daß beim WDR Einfluß genommen werde. Sie sagte: „Ich denke, auch der WDR sollte überlegen, ob es für ihn wirklich hilfreich ist, daß er sich nicht stärker gegen diese Einflußnahme wehrt.“ Die Grünen würden beiden Anträgen der F.D.P. und CDU zustimmen, weil das einen ersten Schritt bedeute. Man sei dadurch, daß der Hauptausschuß eine Menge Kontrollrechte über den WDR habe, natürlich in einer Interessenkollision.

Deshalb sollte man diese Funktionen trennen.

Jürgen Büssow (SPD) betonte, es gebe keinen öffentlich-rechtlichen Sender in der Bundesrepublik Deutschland, der von der Sachkenntnis eines Parlaments in so hohem Maße profitiert habe, der in einem so hohen Maße eine Entwicklungsgarantie durch ein Parlament ausgesprochen bekommen habe wie der Westdeutsche Rundfunk durch das Gesetz, „was wir in diesem Hause verabschiedet haben“.

Ruth Hieronymi (CDU) sagte in einem weiteren Beitrag: „Wir wollen nicht, daß der WDR gegenüber Eingriffen der Landesregierung machtlos ist. In dieser Situation brauchen wir mehr Staatsferne durch eine verbesserte, veränderte Regelung im Gesetz für den Westdeutschen Rundfunk.“

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) ergänzte, wenn sie sich das politische Programm und die Nachrichtensendungen der Privaten anschauere, dann fragten die einfach frecher, sie fragten frecher Regierungsmitglieder, und sie hätten mehr Zoff in ihren Sendungen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte in Richtung F.D.P., diese verkenne sowohl die Stellung des Hauptausschusses wie auch die Aufgaben der Staatsaufsicht wie auch die Aufgaben des Rundfunkrates. Nicht der Ministerpräsident und nicht die Staatskanzlei übten die Rechtsaufsicht aus, sondern dies sei Sache der Landesregierung. Er könne sich nicht erinnern, daß es jemals einen Akt der Rechtsaufsicht gegeben habe. Deswegen sei der Realitätsbezug im F.D.P.-Antrag nicht besonders deutlich. Maßnahmeentscheidungen würden vom Kabinett beschlossen, die Staatskanzlei vollziehe sie. Der Minister merkte ferner an, der Hauptausschuß habe keine eigene Entscheidungskompetenz.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) hielt dem Innenminister vor, er wolle in keiner Weise zum Problem der Unvereinbarkeit Stellung nehmen.



Blickpunkt Plenum: im linken Bild von links die SPD-Abgeordneten Hans Kern und Dietrich Kessel sowie im rechten Bild von links die CDU-Abgeordneten Marie-Luise Woldering und Dr. Hans-Ulrich Klose.
Foto: Schüler

Viele Fragen zur Neuen Mitte Oberhausen Land trägt Kosten der Flächenanierung

Der Grünen-Antrag „Keine neuen Einkaufszentren aus der Retorte“ (Drs. 11/3185) wurde nach kritischen Fragen der Oppositionsfractionen der CDU und der Grünen und Antworten des Wirtschaftsministers sowie des Finanzministers in die Ausschußberatung überwiesen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) hielt die von der Stadt genannten Zahlen zurückgeholter Käuferströme für unseriös und übertrieben. Bei einem angenommenen Jahresumsatz von einer Million Mark würden 50 Prozent des Bestehenden zerstört. Das Filetstück des Thyssen-Geländes werde zu Kotelettpreisen angeboten. Die Bauweise sei extrem billig, die Ladenmiete könne deshalb niedrig kalkuliert werden. Eine neue Mitte Oberhausen müsse Wohnen, Kultur, Freizeit und Einkauf zusammenbringen. In das Dunkel der Verträge müsse Licht gebracht werden.

Ernst-Otto Stüber (SPD) beanstandete die Blockade der Grünen gegen das neue Zentrum als Vorurteil. Mit Verzerren lösten sie ihre Probleme. Das Scheitern von Triple Five 1989 sei richtig gewesen, habe aber auch den Wert des Grundstücks bewußtgemacht. Der Finanzminister sei mit der Sicherung beauftragt worden. 20 Mark pro Quadratmeter seien ein idealer Preis bei der Lage. An- und Verkauf seien ohne Belastung der Landeskasse getätigt worden. Der Wirtschaftsausschuß sei im Oktober informiert worden. Die vom Vorredner vorgetragenen Zahlen seien ein Horrorgemälde. Der Vorwurf der Interessenkollision sei Teil einer Diffamierungskampagne.

Hannelore Brüning (CDU) hielt eine abschließende Beurteilung des Projekts noch nicht für möglich. Der Verdacht auf Verstoß gegen Haushaltsrecht bestehe. Die Zielsetzung sei positiv. Die Frage, wer die Altlasten saniere, sei dringend zu beantworten. Landesplanung und Städtebaurecht

seien strikt zu beachten. Danach dürften solche Projekte nur genehmigt werden, wenn sie die Versorgung sicherzustellen hätten. Die Zentrenverträglichkeit müsse gutachterlich ermittelt werden. Vermutlich sei die Verkaufsfläche total überdimensioniert.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) warf dem Finanzminister vor, nicht den für solche Fälle vorgeschriebenen Weg beschritten zu haben. Auch hätte er die Federführung abgeben sollen. Für die vorurteilsfreie Diskussion im Landtag müsse gelten: Keine Sonderrechte und keine Sondervergünstigungen für den Investor. Der Grünen-Antrag sei in sich nicht schlüssig und enthalte falsche Angaben.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) wiederholte, nach Prüfung des Grundstückswertes habe der Finanzminister gekauft und sei als Aufsichtsratsmitglied nicht beteiligt gewesen. Einer finanziellen Hilfe des Landes habe es bedurft, um die Industriebranche baureif zu machen. Das werde überall so gehandhabt. Die Sanierungskosten seien relativ gering. Der Vorbesitzer sei nicht aus der Haftung entlassen. Auf der Gesamtfläche von hundert Hektar solle mehr als ein Einkaufszentrum entstehen. Mit fünf erfahrenen Architekturbüros habe ein Workshop stattgefunden, von einem städtebaulichen Wettbewerb werde abgesehen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) nannte den Haushaltstitel, unter dem der Kaufpreis 1991 ausgewiesen sei. Ursprüng-

lich habe das Land erst nach Sanierung anbieten wollen. Nach einer Darstellung von Buchungsvorgängen sagte Schleußer, der Erwerb sei rechtlich nicht zu beanstanden. Wegen hoher Vorlaufkosten habe der Investor massiv zum Kauf gedrängt und seine Bereitschaft vom schnellen Abschluß abhängig gemacht.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, verlangte Vergleichsobjekte in NRW, wo Einkaufszentren gebaut würden und die Infrastruktur von der öffentlichen Hand übernommen werde. Die Mitteilung im Wirtschaftsausschuß entspreche nicht den gesetzlichen Vorschriften, da damals von Besitzübergang 1993 die Rede gewesen sei. Die Zweckbestimmung im genannten Haushaltstitel stelle auf Landesbedarf ab.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) teilte mit, vor Antragstellung hätten die Grünen mit vielen Sachverständigen gesprochen. Der Finanzminister habe eben drei Versionen der Finanzierung geliefert. Den Grundstücksfonds gebe es erst seit 1992. Die Zweckbestimmung „Strukturförderung im Ruhrgebiet“ treffe zu. Ein Zuflußvermerk beziehe sich auf Verpflichtungsermächtigungen, nicht auf den Baransatz.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) verdeutlichte, es habe sich um einen Grunderwerb im Rahmen des Liegenschaftsbereichs gehandelt. Die Nutzung sei landes- und städtepolitisch mit Auflagen befrachtet.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) äußerte sich verwundert über die eigentümliche Nachhakenerei. Es gehe, anders als bei Triple Five, nicht um Glitzer und Konsumrausch, sondern auch um Sport und Kongreß, Büros und Wohnungen. Mit künstlicher Aufgeregtheit solle ein wichtiges Projekt zu Fall gebracht werden.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) verlangte konkrete Auskunft, wann das Geld geflossen sei, da es 1991 laut Haushaltsplan nicht eingestellt gewesen sei. Die Oberhausener Einzelhändler wagten keinen Einspruch, weil sie sich einen Platz sichern wollten. In einer neuen Mitte müsse Leben sein. Gewachsene Stadtteile gingen kaputt, wenn Läden herauszögen.

Hartmut Schauerte (CDU) fand das Verhalten des Finanzministers immer problematischer, das Eis immer dünner. Erkennbar seien Sanierungskosten in Höhe von weit über 100 Millionen Mark zu Lasten des Landes. Der Geldtransfer werde immer unübersichtlicher. Die Unterlagen müßten vorgelegt werden.

Minister Günther Einert (SPD) zitierte aus dem Protokoll des Wirtschaftsausschusses, wonach dem Land eigene Gestaltungschancen nur bei einem Zwischenerwerb offenständen.

Laurenz Meyer (CDU) verlangte erneut ein vergleichbares gefördertes Projekt und berief sich auf Zusagen, die Altlastensanierung würden an den künftigen Erwerber weitergegeben. Fraglich sei, ob mit europäischen Mitteln solche privaten Ansiedlungen überhaupt gefördert werden dürften.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) verlangte Auskunft, wann die Zahlung erfolgt sei.

Keine Begeisterung für Exportakademie

Der F.D.P.-Antrag „Exportakademie NRW“ (Drs. 11/3085) wurde nach erster Aussprache am 21. Februar in die Ausschußberatung überwiesen. Das Anliegen, die Außenwirtschaft zu stärken, wurde von Regierung und Fraktionen unterstützt, eine Exportakademie jedoch nicht für sinnvoll gehalten.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) erinnerte daran, daß die F.D.P. die Exportakademie bereits 1986 beantragt habe. Neue Einsichten seien zu gewinnen. Das Angebot an Spitzen- und Zusatzqualifikationen müsse ergänzt werden. Fach-Sprach- und Sozialkompetenz für ausländische Räume müsse vermittelt, unterschiedliche Mentalitäten einbezogen werden.

Rudolf Apostel (SPD) äußerte sich verärgert über den Wiederholungsantrag, der sich nur durch die Überschrift Exportakademie gegenüber früher „Wirtschaftsakademie“ unterscheidet. Die Zielsetzung Außenwirtschaftsförderung sei nach wie vor zu bejahen, aber das Mittel sei dazu ungeeignet. Die Außenwirtschaft werde in erster Linie durch gute Produkte, Managementfähigkeiten und Marktstrategien gestärkt.

Manfred Heinemann (CDU) hielt die Diskussion für wichtig und alles für gut, was den Export stärke. Die Schere zwischen Ein- und Ausfuhr sei zu groß. Schulung im Zollrecht

solle eingeführt werden. Die CDU stimme der Einsetzung einer Sachverständigenkommission zu. Die kleinen und mittleren Betriebe brauchten Hilfe; ob die Exportakademie die Zauberformel sei, müsse bezweifelt werden.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) machte auf die Selbstverantwortung der Wirtschaft aufmerksam, über die sich der Antrag hinwegsetze. Sprach- und Wirtschaftskennnisse könne sich jeder schon jetzt aneignen. Spezialfragen müßten die Wirtschaftsorganisationen anbieten. Das Beratungsangebot sei schon erdrückend, dazu gebe es ein unübersichtliches Veranstaltungsangebot.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) lehnte den Antrag ab, weil die kleinen Unternehmen schon vielfältig unterstützt würden. Der Arbeitskreis Außenwirtschaft erfülle die Funktion der geforderten Sachverständigen. Die Wirtschaft selbst sehe keinen Bedarf für die Exportakademie. Eine Agentur sei schon eher sinnvoll.

SPD: Nach Recklinghausen

Opposition für Verbleib der Agrarverwaltung in Münster

Der Landtag hat in direkter Abstimmung den Antrag der CDU-Fraktion „Verbleib des Landesamtes für Agrarordnung in Münster“ mehrheitlich abgelehnt. SPD und Landesregierung argumentierten für die Verlegung nach Recklinghausen (Drs. 11/3104).

Hermann-Josef Schmitz (CDU) erklärte, nunmehr drohe durch die Eingliederung in die LÖLF die Gefahr der vollkommenen Handlungsunfähigkeit der gesamten Agrarverwaltung. Vor allem, weil die LÖLF eine ganz anders ausgerichtete Organisation sei und andere Aufgaben habe. Die Folgen seien: im Bereich der Planung und Durchführung des Naturschutzes verschwämme die Zuständigkeiten. Grundstückseigentümer würden Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz nicht mehr wie bisher mittragen, da sie die einseitige Realisierung von Naturschutzinteressen befürchteten. Das Abwägen von ökonomischen und ökologischen Belangen werde nicht mehr stattfinden, weil das Landesamt für Agrarordnung nicht mehr als neutraler Mittler unterschiedlicher Interessen fungieren könne. Schmitz forderte die Landesregierung auf, die Initiativen zur Verlagerung des Landesamtes für Agrarordnung Münster nach Recklinghausen auszusetzen.

Johannes Gorlas (SPD) meinte, diese Debatte mache nur dann einen Sinn, wenn man von dieser kleinkarierten Standortfrage wegkomme und das Parlament der Landesregierung den Rücken stärke und sie auffordere, entsprechend der Veränderung der politischen Zielvorgaben im Grünbereich die Behörden und Verwaltungsstrukturen den Erfordernissen von heute und denen von morgen anzupassen. Da liege es doch auf der Hand, der Frage nachzugehen, ob sich nicht bei der Zusammenlegung von Agrarordnungsverwaltung und LÖLF, also einer Zusammenführung von Leistungsverwaltung und wissenschaftlicher Beratung, nicht

erhebliche organisatorische Verbesserungen ergeben würden, ob nicht durch die Konzentration von Fachpersonal eine schnellere gleichgerichtete und umfassendere Aufgabenerledigung erreicht würde.

Friedel Meyer (F.D.P.) sagte, wenn die Zusammenlegung von Ämtern ins Auge gefaßt werde, sei die F.D.P. sicher dabei, wenn hierbei Einsparungen stattfänden oder Bürokratismusabbau damit zusammenhänge. Leider habe man ihn noch nicht belehrt, daß dieses in irgendeiner Form stattfinde. „Und darum stimmen wir im Moment auch der Verlegung dieses Amtes nicht zu.“ Für ihn sei das kein Thema. Denn das Landesamt für Agrarordnung liege seines Erachtens in Münster wesentlich besser, da es mit der Landwirtschaftskammer und dem RP wesentliche Zusammenarbeit habe, mehr jedenfalls als mit der LÖLF.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) erklärte, er gehöre zweifelsfrei zu denen, die sich über die Aufgaben dieser Institution des öfteren auch kritisch geäußert hätten. Dies aber niemals so, daß daraus eine Auflösung oder Verlegung dieses Amtes hätte abgeleitet werden können. Martsch folgerte ferner, es sei Ausdruck der Politik dieses Landes, daß trotz aller Bemühungen eine Politik in Richtung eines romantischen Naturschutzes auf Kosten des ländlichen Raumes, auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft und ihrer Chancen betrieben werde.

Eckhard Uhlenberg (CDU) merkte an, es sei nicht das erste Mal, daß die CDU-Fraktion dieses Thema in den Landtag eingebracht habe. Immer wieder habe die Landesregierung beteuert, sie habe mit dem Landesamt für Agrarordnung in Münster überhaupt nichts vor. Intern seien ihre Schritte und Maßnahmen, das Landesamt platt zu machen, aber weitergegangen. Das Parlament sei, um es vorsichtig auszudrücken, immer an der Nase herumgeführt worden.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte, seit Anfang der 80er Jahre werde über die Zukunft der Flurbereinigungsverwaltung überall in der Bundesrepublik diskutiert. Flurbereinigungen mit vorwiegend agrarstruktureller Ausrichtung würden nicht mehr eingeleitet. Die Flurbereinigung habe sich von ihrer ursprünglichen Zielrichtung, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Rehabilitation

Schmidt empfängt russische Experten

Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt hat eine russische Delegation von Rehabilitationsexperten im Landtag empfangen. Die Delegation wurde von der Leitungsgruppe des Berufsbildungswerkes Volmarstein begleitet. Das BBW Volmarstein und das Orthopädische Rehabilitationszentrum in Nowokusnetsk bearbeiten ein gemeinsames Projekt, das sich mit berufsvorbereitenden Maßnahmen für Körperbehinderte befaßt. „Wir wollen den russischen Kollegen mit unserem Know-how helfen, die berufliche Rehabilitation Körperbehinderter voranzutreiben“, stellte der Leitende Arzt der Orthopädischen Anstalten Volmarstein, Dr. D. Muthmann, fest. Deutsche Rehabilitationsexperten aus Volmarstein sind bereits in Moskau empfangen worden.

landwirtschaftlicher Betriebe beizutragen, zu einem Instrument der bodenordnerischen Umsetzung von Maßnahmen mit Flächeninanspruchnahme entwickelt. Ziel sei es nicht, die Verwaltung und die Ämter aufzulösen, sondern es sei das Ziel, sie zukunftssträftig für moderne konzeptionelle Aufgaben im ländlichen Raum zu rüsten und insbesondere naturschützerische Aufgaben mit bodenordnerischen Maßnahmen zu verknüpfen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) ergänzte, das Ziel einer Modernisierung dieses Landesamtes für Agrarordnung hätte und könne man noch immer auch an diesem Standort erreichen. Dieser Standort Münster mitten im ländlichen Raum sei für dieses Amt genau der richtige. Recklinghausen erfülle die Bedingungen in den Bereichen nicht.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte in Richtung F.D.P., gerade diese Partei lasse keine Gelegenheit aus, die Aufblähung der öffentlichen Dienstleistungen zu beklagen. Aber wenn es dann einmal konkret werde, eine Verwaltung wirklich in Frage zu stellen, dann habe man es nur noch mit Opportunismus zu tun.



Momentaufnahmen: im linken Bild von links die F.D.P.-Abgeordneten Andreas Reichel und Hans-Joachim Kuhl sowie im rechten Bild von links die Grünen-Abgeordneten Roland Appel und Dr. Manfred Busch.
Fotos: Schüler

Kritische Äußerungen zum Angebot ganztägiger Betreuung in den Schulen werden von der Opposition zurückgewiesen

In der Debatte am 21. Februar wurde eine große Anfrage der CDU-Fraktion behandelt (Drs. 11/1048), die den Ausbau der Angebote ganztägiger Betreuung und Förderung im schulischen Bereich zum Inhalt hatte. Hierbei kam es zu einer kontroversen Diskussion im Parlament.

Manfred Kuhmichel (CDU) äußerte die Meinung, daß der „Ausbau von ganztägiger Betreuung und Förderung an der realen Schul- und Finanzwirklichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen zu scheitern“ drohe. Kritisiert wurde, daß weder der Bedarf an ganztägiger Betreuung noch die Kosten der privaten und freien Schulträger von Ganztagschulen ermittelt worden seien. Die Errichtung und Führung von Ganztagschulen seien „vor Ort kooperativ mit allen Trägern zu erörtern und zu entscheiden. Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung müssen kooperieren und dürfen nicht konkurrieren.“ Das Angebot dieser Schulen müsse „immer mehr sein als Verwahrung oder bloße Fortsetzung schulischen Lernens. Erholende Phasen und Konzentrationen müssen in stetem Wechsel stehen.“ Der Abgeordnete unterstrich am Ende seiner Rede, daß die CDU-Fraktion dafür Sorge trage, daß diese Thematik auch in Zukunft im Parlament zur Diskussion stehen werde.

Jarka Pazdziora-Merk (SPD) betonte zu Beginn ihrer Rede die Vielfalt, die „die ganztägige Betreuung und Förderung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen“ erreicht habe. Sie wies jedoch darauf hin, daß der

„tatsächliche Bedarf noch nicht gedeckt“ sei. Die Abgeordnete zeigte die verschiedenen Formen der Ganztagsbetreuung auf, wobei sich die Ganztagschule, das Hortmodell und das Schulkinderhaus-Modell unterscheiden ließen. Auch künftig erfordere das Angebot an Ganztagschulen eine Erweiterung, da hier mit einer steigenden Nachfrage zu rechnen sei. Als Begründung nennt die Abgeordnete u. a. „gesellschaftliche Veränderungen, wie die große Anzahl Alleinerziehender, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ... und die immer weiter zurückgehenden Spielmöglichkeiten vor der Haustür“. Zum Schluß forderte sie dazu auf, „die kostengünstigste Form der Ganztagschule, nämlich die Gesamtschule“, gemeinsam zu fördern.

Andreas Reichel (F.D.P.) bezeichnete die Erweiterung der Ganztagsangebote „berechtigt und im Grunde auch unstrittig“. Kritik übte er daran, daß die Landesregierung hierzu keine „quantitativen Angaben zur Nachfrage“ mache. Als ungenügend betrachtete er die Anzahl von dreißig Stellen, die für den Ausbau der ganztägigen Angebote im Landeshaushalt zur Verfügung stünden. Der Abgeordnete bemängelte die Konzentration der Mittel für Ganztagsangebote auf die Gesamtschulen und sah hierin eine Beeinträchtigung bei der Wahl der Schulform für „diejenigen, die die Ganztagschulen brauchen“. Zur effizienten Lösung der Problematik der Ganztagsbetreuung forderte der Abgeordnete „eine faire systematische Kostenteilung zwischen Land, Kommunen und Eltern“.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) stellte fest, daß dieses Thema „einen frauenpolitischen und einen jugendpolitischen Hintergrund“ habe. Die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen sah sie Einschränkungen unterworfen, da „diese mangels Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder entweder überhaupt nicht oder nur mit äußerst schlechtem Gewissen und in großer Sorge um ihre Kinder“ ausgeübt werden könne. Sie vertrat die Meinung, daß eine Bedarfsermittlung sowie eine Verbesserung des pädagogischen Mindeststandards an allen Ganztagschulen erforderlich sei.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) stellte zu Beginn fest: „Auch alle drei Oppositionsparteien sind inzwischen dafür, daß es ganztägige Angebote an Schulen gibt! ... Das war ja nicht immer so.“ Die Entwicklung der Ganztagschulen während der Schuljahre 1990/1991 und 1991/1992 zeige, daß Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern „eine gute Position“ einnehme. So sei die Zahl von zehn Grundschulen im vergangenen Schuljahr auf 17 in diesem Jahr angestiegen; das Angebot von 114 öffentlichen Hauptschulen habe auf 149 erweitert werden können; bei den Realschulen sei ein Anstieg von 12 auf 17, bei den Gesamtschulen von 138 auf 160 zu verzeichnen. Der Kultusminister deutete darauf hin, daß „sich auch Bildungspolitiker, weil Bildung nun einmal Geld kostet, mit Haushalt und Haushaltsmöglichkeiten vertraut machen müssen. Wenn sie es nicht tun, wird von vornherein ihre Wirkungslosigkeit sichergestellt.“

„Freischuß-Regelung“ als Anreiz für frühzeitige Meldung zum Examen

In der Plenarsitzung am 21. Februar wurde über die Einführung einer sogenannten „Freischuß-Regelung“ an nordrhein-westfälischen Hochschulen diskutiert, deren Effekt eine Verkürzung der Studienzzeit sein soll. Der Überweisung dieses Antrages der CDU-Fraktion (Drs. 11/3199) an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuß wurde von seiten aller Fraktionen zugestimmt.

Manfred Kuhmichel (CDU) wies auf „quantitative als auch qualitative Probleme unseres Hochschulsystems hin“, durch die hohe Anzahl der Studienabbrecher und die lange Studiendauer unter Beweis gestellt würden. Die sogenannte „Freischuß-Regelung“, die dem Antrag der CDU-Fraktion zugrundeliegt, hat laut Kuhmichel zum Inhalt, daß Studierenden, die innerhalb der Regelstudienzeit die erste Staatsprüfung erstmalig ablegen und diese nicht bestehen, auf Antrag eine Nichtbewertung dieser Prüfung zuerkannt bekommen. Außerdem soll eine Empfehlung an die Hochschulen ergehen, diese Vorgehensweise auch auf Studienfächer ohne erste Staatsprüfung auszuweiten. Der Abgeordnete erklärte, daß das Ziel dieser „Freischuß-Regelung“ sei, „die Studien-

dauer ohne Abstriche ... beim Ausbildungsniveau zu verkürzen.“

Karl Schultheis (SPD) stellte fest, daß der Antrag sich „in der Linie dessen bewegt, was im Aktionsprogramm ‚Qualität der Lehre‘ vorgesehen“ sei und Konsens über die „Zielbestimmung“ der Regelung bestehe. Er fügte jedoch hinzu, daß darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen gefordert seien. Diskussionsbedarf bestehe außerdem darüber, ob diese Vorgehensweise auch auf „Teile von Prüfungen“ ausgeweitet werden solle.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) bezeichnete den Effekt dieser „Freischuß-Regelung“ als eine „psychologische Erleichterung“ für die Studenten, die sich frühzeitig zum Examen anmeldeten. Daher plädierte auch er für deren Einführung. Da im Grundsatz Konsens bestehe, sei eine Diskussion der Details im Ausschuß erforderlich.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) räumte ein, daß „die psychologischen Wirkungen ... zunächst einmal positiv zu bewerten“ seien. Er erklärte jedoch, daß „eine Verkürzung der Studienzeiten um jeden Preis ... keine vor-

nehmliche bildungspolitische Aufgabe — weder der Landesregierung noch der Hochschule —“ sein dürfe. Hervorgehoben wurde, daß zunächst die angeforderten Stellungnahmen der Hochschulen zu diesem Vorschlag abzuwarten seien.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) wies darauf hin, daß die Qualität der Hochschulabschlüsse im Vergleich zu anderen europäischen Ländern positiv zu bewerten sei, die Studiendauer jedoch ständig zunehmen würde. „Kreativität“ und „Mobilität“ sah sie infolge der „überlangen Studienzeiten“ Beeinträchtigungen unterworfen. Durch das Programm „Qualität der Lehre“ sollten hier Verbesserungen erwirkt werden. Das Ziel des „Freischusses“, so die Ministerin, sei es, „einen Anreiz für Studentinnen und Studenten zu geben, sich frei von besonderem Examenstress frühzeitig zum Examen melden zu können“. Erfolgversprechend könne eine solche Maßnahme jedoch nur sein, wenn die Voraussetzungen für den Abschluß des Studiums in der Regelstudienzeit gegeben seien. Aus diesem Grunde müsse „die Einführung einer solchen Regelung mit einer Neuorganisation des Studiums Hand in Hand gehen“.

Antrag der Liberalen auf Nachtragshaushalt für Bildung und Wissenschaft abgelehnt

Die F.D.P.-Fraktion im Landtag hat einen Nachtragshaushalt auch für Hochschulen beantragt (Drs. 11/3196). Wie in Baden-Württemberg sollte auch in NRW Bildung und Wissenschaft Vorrang eingeräumt werden. Der Antrag wurde in direkter Abstimmung abgelehnt. Der F.D.P.-Abgeordnete **Joachim Schultz-Tornau** erklärte, die Hochschulen brauchten jetzt ein Zeichen der Ermutigung und der Hoffnung, denn die Demotivation greife immer weiter um sich, weil man sich in einem Ablenkungsmanöver darüber unterhalte, wie die Lehrleistung der Professoren, die angeblich nicht genügend zu Wege brächten, gesteigert werden könne. „Dabei sind wir es, die die Rahmenbedingungen immer weiter verschlechtern.“

Der Abgeordnete **Adolf Retz** erklärte für die SPD, die F.D.P. stelle heute den Antrag, weitere 100 Millionen Mark nur mal so für den Hochschulbereich bereitzustellen. „Wir haben vor acht Wochen die Haushaltsberatungen abgeschlossen. Ich darf daran erinnern, daß die F.D.P.-Fraktion keinen einzigen Änderungsantrag für den Haushalt der Wissenschaftsministerin eingebracht hat“, sagte Retz. Der CDU-Abgeordnete Professor **Dr. Horst Posdorf** merkte an, seine Fraktion vermöge nicht zu erkennen, daß ein zügiges Abstimmen über den Antrag der F.D.P. ein Zeichen der Hoffnung für die Hochschulen wäre. „Wir sollten vielmehr die Zielrichtung, die wir bisher angestrebt haben, weiterverfolgen und die Landesregierung in die Pflicht nehmen, bei den nächsten Haushaltsberatungen dem Wissenschaftshaushalt die notwendige Steigerung zukommen zu lassen.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, **Dr. Michael Vesper**, betonte, durch Zulassungsbeschränkungen, aber auch durch vornehmere indirekte Maßnahmen werde dafür gesorgt, daß nicht mehr jeder oder jede, der oder die studieren wolle, auch studieren könne. Im Gegenteil werde die Auslese verschärft. Hochschulbildung werde damit in einem schleichenden Prozeß wieder zu Luxus gemacht. **Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) unterstrich, hier sei überhaupt kein Anhaltspunkt, aus der Sache heraus jetzt einen Nachtragshaushalt für Wissenschaft und Forschung vorzulegen. Es gebe keinen Anhaltspunkt, weil im Verhältnis zur Verabschiedung des Landeshaushalts kein neuer Gesichtspunkt aufgetreten sei. So gesehen sei es an sich sehr merkwürdig, daß die F.D.P. jetzt sage: Nun wolle man einen Nachtragshaushalt, ohne zu spezifizieren, wofür sie ihn wolle und ohne irgendwelche konkreten Anlässe zu benennen, auf die man ihn aufbauen könne.

Jörn Klamroth, derzeitiger Leiter des Programmbereichs Fernsehspiel und Unterhaltung beim Westdeutschen Rundfunk Köln, ist vom Rundfunkrat des WDR zum neuen Programmdirektor gewählt worden. Der gebürtige Hamburger, der 1980 zum WDR kam, wird Nachfolger von **Günter Struve**, der im Mai ARD-Programmdirektor wird. Klamroth wurde für seine Arbeit bei dem Kölner Sender zweimal mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet.

10. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten im Plenum

Datenschutz auch künftig in NRW und Europa von großer Bedeutung

Der 10. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1990, die hierzu ergangene Stellungnahme der Landesregierung sowie der zweite Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörden wurden am 19. Februar im Anschluß an die Diskussion im Parlament an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) wies zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß die Ergänzungen der Datenschutzgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen vom Landesbeauftragten für den Datenschutz „durchweg positiv bewertet worden“ seien. Außerdem bestehe Konsens darüber, daß eine Weiterentwicklung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet erforderlich sei. In diesem Zusammenhang wies er sowohl auf die Vorbereitung des Entwurfes eines Gesetzes zum Datenschutz im Gesundheitswesen als auch auf die Vorbereitung einer Novelle zum Landesverfassungsschutzgesetz hin. In Anbetracht „der zu erwartenden rapiden Zunahme des grenzüberschreitenden Datenverkehrs“ mißt der Innenminister der Entwicklung des Datenschutzes auf europäischer und internationaler Ebene große Bedeutung bei. Als zentrales Interesse der Landesregierung bezeichnete er die zukünftige „Beteiligung der Aufsichtsbehörden der Länder beim späteren Vollzug der EG-Datenschutzrichtlinien auf europäischer Ebene“.

Jürgen Jentsch (SPD) betonte, der Bericht des Landesbeauftragten zeige, daß der „Datenschutz wichtig“ bleibe. „Persönliche Daten“, so der Abgeordnete, „gehören nicht auf den freien Markt. Sie bleiben Eigentum der Betroffenen.“

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) bewertete es positiv, daß der Datenschutz in Nordrhein-Westfalen „keine gravierenden Probleme“ aufweise.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) bezeichnete den Datenschutz als eine ernstzunehmende Thematik, die auch auf Seiten der Bürger eine zunehmende Sensibilisierung erfahre. Dies trete bei der aktuellen Problematik der Stasiakten deutlich hervor.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) kritisierte den Zyklus von zwei Jahren, in welchem die Erstellung des Datenschutzberichtes erfolge. Bezüglich der Handhabung des grenzüberschreitenden Datenverkehrs äußerte der Abgeordnete Besorgnis und begründete diese mit einem Zitat aus dem Datenschutzbericht. Dieses beinhalte die Feststellung, daß für die Datenübermittlungen an andere Mitgliedsstaaten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des übermittelnden Staates gelten würden, die Weiterverarbeitung der Daten im Empfängerstaat jedoch nach dessen Datenschutzrecht möglich sei. Abschließend beantragte er eine zusätzliche Überweisung des Datenschutzberichtes an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dagegen wurden im Parlament keine Bedenken geäußert.



Bernd Vorländer (l.) ist neuer Landeskorrespondent der Kölnischen Rundschau in Düsseldorf. Er war vorher in der Nachrichtenredaktion seiner Zeitung in Köln tätig. Vorländer ist Nachfolger von Peter Weigert (r.), der in die Presseabteilung der Treuhand nach Berlin gewechselt ist. Foto: Schüler

F.D.P. sieht Defizite bei Strukturpolitik „Industriestandort Deutschland in Gefahr“

Der F.D.P.-Antrag „Systematische Verbesserungen statt regionaler Strukturpolitik mit Einzelprojekten“ (Drs. 11/3197) wurde in die Ausschußberatung überwiesen. Die Kritik der Oppositionsfaktionen an den Regionalkonferenzen und Förderprojekten wurden vom Wirtschaftsminister und vom SPD-Sprecher als unangemessen zurückgewiesen.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) erläuterte, mit dem Antrag wollten die Liberalen auf den Industriestandort NRW und Defizite bei der Wettbewerbsfähigkeit aufmerksam machen. Die Japaner bauten ein Auto in 16,8, die Westeuropäer in 36,2 Stunden. Deutsche Unternehmen schafften verstärkt Arbeitsplätze im Ausland. In Frankreich und England investierten mehr Ausländer. In NRW sei der Strukturwandel immer noch nicht gelungen, könne das auch nicht, wenn staatliche Steuerung Vorrang habe. Mit Einzelprojekten im Volumen von einer Milliarde Mark in den nächsten Jahren sei er zum Scheitern verurteilt. Minister Matthiasen fordere zu Recht eine Umorientierung.

Bernd Poulheim (SPD) hielt von ständig neuen F.D.P.-Anträgen zur Strukturpolitik nicht viel. Die Neuauflage der Mikat-Kommission sei gerade erst wieder abgelehnt worden. Genehmigungsverfahren, Gewerbeflächenmobilisierung, Prüfung der Programmwirksamkeit würden bearbeitet. Eine landesweite Strukturanalyse sei unnötig. Die SPD setze weiter auf Kreativität in den Regionen. Ohne Einzelprojekte gehe es überhaupt nicht.

Andreas Engelhardt (CDU) berichtete von jungen Wirtschaftsführern, die die NRW-Politik als langweilig, ohne Drive, reformunfähig bezeichnet hätten. Sie werde nur noch verwahrt. In dem Wust von Förderprogrammen und Richtlinien steige keiner durch. Bei

Ruhe und Klarheit in der Kohlepolitik müsse doch einmal über das Aufbrechen von Strukturen und Pfründen geredet werden. Deutschland sei Weltrekordler bei Arbeitskosten, Freizeit, Unternehmenssteuern, Energie- und Umweltkosten. Die professionell organisierten Regionalkonferenzen hätten wie eine Aufforderung zum Tanz gewirkt. Vom langsamen Walzer anstatt des Rock'n'Roll seien alle enttäuscht. 1990/91 seien gerade 1200 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) hielt Vorsicht für angebracht, die Landesregierung zur Dynamik aufzufordern. Dynamik sei vielmehr fehlgeleitet. Die Grünen hielten Produktionsumstellung, Freiflächen, ÖPNV, Schienenverkehr, Frauenförderung für entscheidend. Einzelprojekte zögen die Frage nach den Prioritäten nach sich. Durchwurschteln sei die Parole. Unübersichtlich und ohne Konzept werde in vielen Bereichen gehandelt, auch bei der Frauenförderung in der Wirtschaft.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) hob die Regionalisierung als Gesamtstrategie hervor. Die Hauptverantwortung liege bei den Unternehmen. Der Übergang zur Förderung der Rahmenbedingungen statt direkter Unternehmensförderung geschehe im Konsens. Kapitalextort sei Zeichen eines hohen Reifegrads einer Volkswirtschaft und notwendig für das Handelsbilanzgleichgewicht.

Höhere Zwangsgelder und Widerruf von Leistungszusagen

Der Entwurf von Änderungen des Verwaltungsverfahrens und anderer Verwaltungsvorschriften (Drs. 11/3080) wurde in die Ausschußberatung überwiesen, nachdem die Fraktionen am 19. Februar gegen Teile des Entwurfs erhebliche Bedenken angemeldet hatten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) begründete den Entwurf mit veralteten Regelungen und Begriffen, auch mit dem neuen Betreuungsgesetz. Der Widerruf von Zuwendungen solle künftig auch für die Gemeinden gelten. Die Höchstgrenze für Zwangsgeld könne angehoben werden. Zwischen Sachen und Tieren werde unterschieden.

Egbert Reinhard (SPD) merkte zu Neuerungen, die nicht auf Bundesrecht beruhten, einen starken Eingriff in Rechte von Betroffenen an. Beim Zwangsgeld solle der Höchstbetrag bis zu 100 000 Mark angehoben werden. Gegenüber dem Mindestbetrag von 20 Mark sei das fragwürdig. Bei der Widerrufsmöglichkeit für rechtmäßige begünstigende Verwaltungsakte der Vergangenheit laufe es dem Verwaltungsjuristen kalt den Rücken herunter.

Maria Theresia Opladen (CDU) bekräftigte Bedenken dieser Art. Beim Widerruf solcher Verwaltungsakte seien die Grundsätze des Vertrauensschutzes und der Rechtssicherheit besonders zu achten. Wenn Leistungen nicht „alsbald“ zweckgebunden verwendet würden, könne Widerruf zu einer Ermessensentscheidung werden. Im Ausschuß müsse sorgfältig beraten werden.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) trat für Überweisung auch an den Rechtsausschuß ein und begrüßte die unterschiedlich zu handhabende Rechtsstellung von Tieren und Sachen. Die Zwangsgeldhöchstgrenze halte sie nicht für problematisch.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) vermißte mehr Auskunft zum Anwendungsbereich des Gesetzes. Zwangsgeld gegen Verweigerer der Volkszählung wollten die Grünen beispielsweise nicht. Die Zurücknahme von Verwaltungsakten sei je nach Fall zu beurteilen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erläuterte die beim Widerruf beabsichtigte Änderung. Es gehe um zweckgebundene Zuwendungen und gelte derzeit nicht für die Kommunen: Wenn eine Kommune Privaten einen Zuschuß zum Bau eines Kindergartens gebe, könne sie diesen bei anderer Verwendung nur schwer zurückholen.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) hielt es für nicht seriös, entgegen dem Kohlekompromiß zu argumentieren. Von den bis zum Jahr 2005 zu subventionierenden 50 Millionen Jahrestonnen mögten sich CDU und F.D.P. offenbar davon. Für die Schonung der Ressourcen sei der Bau nur noch von Gaskraftwerken unvertretbar. Die Landesregierung sei offen in der Diskussion über Energiesteuer, -abgabe und Ausgleich. Schrittweise Verteuerung der Energiepreise müsse europaweit eingeführt werden. Die USA müßten endlich umdenken.

SPD für ökologische Besteuerung Europaweit soll Energie teurer werden

Der SPD-Antrag „Für eine ökologische Energiebesteuerung“ (Drs. 11/3151) wurde nach im Grundsatz wohlwollender Beurteilung durch die anderen Fraktionen in die Ausschußberatung überwiesen.

Irmgard Schmid (SPD) bezog sich auf das SPD-Programm „Fortschritt '90“, mit dem die Natur als Produktionsfaktor steuerlich stärker belastet werden sollte. Nach Ablehnung durch CDU und F.D.P. habe jetzt die EG das Konzept aufgegriffen. Produktion und Verbrauch müßten umwelt- und klimaverträglich organisiert werden. Müllemann verzichte völlig auf Energiesparen. Die Bundesregierung wisse genau, daß sie mit ihrer Politik die CO₂-Reduzierung nicht erreichen könne. Der SPD-Vorschlag stelle auf gleichmäßige Besteuerung aller Energiearten ab, um Kernenergie nicht ungerechtfertigt zu bevorzugen und Kohle zu benachteiligen. Die steuerliche Belastung des Faktors Energie solle höher, die von Arbeit niedriger werden.

Fritz Kollorz (CDU) hielt die Aussicht auf eine europäische Lösung für nicht besonders gut. Es gebe Übereinstimmung hinsichtlich nicht erneuerbarer Energieträger und Fragen, was unter ehrlichen Energiepreisen und wahren Kosten zu verstehen sei. Das ungelöste Entsorgungsproblem bei Kernenergie werde in Niedersachsen verurteilt.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) stellte fest, die SPD habe Hemmungen, am Verursacher der dramatischen Klimaveränderungen anzusetzen. Wenn CO₂ die Hauptursache sei, müsse auch der Ausstoß bei der Energiebesteuerung berücksichtigt werden. Die Bundesregierung liege mit einer Kombination von Energiesteuer/CO₂-Abgabe richtig. Mit dem Kohlepfennig zur Förderung des Kohleabsatzes komme die SPD ins Schleudern. Der Klimabericht NRW sei gut, wäre aber besser, wenn nicht auf Ablehnung des Kohleabsatzes festgelegt. Öl und Kohle müßten durch Gas und Kernenergie ersetzt werden, die Dritte Welt könne das nicht leisten.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) erwähnte, erst 35 Prozent der Kommunen hätten ein Energiesparkonzept. 10 000 Anträge lägen auf Halde. Kernenergie sei unverantwortbar. Der Begriff Entsorgung sei schon verharmlosend. Der Mythos sei falsch, CO₂-Ausstoß könne durch Zubau von Kernkraftwerken verringert werden. Die Grünen hätten schon im Bundestag eine Primärenergiesteuer vorgeschlagen.

Mehrausgaben von 78,9 Millionen und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 181 Millionen Mark umfaßt der Nachtragshaushalt, den die Landesregierung als Gesetzentwurf (Drs. 11/3214) dem Landtag zugeleitet hat, der darüber am 21. Februar in erster Lesung debattierte. Die Regierung begründete die Notwendigkeit des Nachtragsetats mit der „haushaltsmäßigen Umsetzung des Handlungskonzepts zur effektiveren Gestaltung der Schulorganisation und der bedarfsgerechten Zuweisung von Lehrerstellen, Beschleunigung der Asylverfahren und sonstige, nach Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1992 bekanntgewordenen Änderungsnotwendigkeiten“.

Außenhandels-Aktivitäten

Russisches Haus und Tokio-Repräsentanz

In den Räumen der Düsseldorfer Messe ließ sich der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke (CDU) von Wirtschaftsminister Günther Einert und leitenden Mitarbeitern von Organisationen der Wirtschaftsförderung am 13. Februar ausführlich über die NRW-Auslandsaktivitäten berichten. Als neue Einrichtungen wurden die Repräsentanz in Tokio und das Russische Haus in Düsseldorf vorgestellt.

Nach starkem Wettbewerb mit anderen Städten habe die Landesregierung, berichtete Einert, erreicht, daß das Russische Haus der Wirtschaft und Industrie seinen Standort in Düsseldorf haben werde. Es solle der Intensivierung von Wirtschaftskontakten der GUS mit Westeuropa dienen. Das Land habe zusammen mit der Stadt kostenlos ein Grundstück mit Erbbaurecht für 99 Jahre zur Verfügung gestellt. Der Bau des Hauses beginne im Februar 1992 und solle Mitte 1993 beendet sein.

Außerdem wurde ein Deutsch-Sowjetisches Zentrum für Führungskräfteentwicklung in Moskau mit 1,5 Millionen Mark unterstützt, wofür die Partner ebensoviel aufbringen. Das Praktikum für die Management-Ausbildung soll in NRW absolviert werden. Für die Bereiche Betriebliches Finanzwesen und Bankwesen wurden 1991 zehn Seminare gefördert, die zusammen mit der Moskauer Plechanow-Akademie durchgeführt worden sind. Ähnliche Know-how-Transfer-Hilfen leistete das Wirtschaftsministerium in anderen osteuropäischen Ländern.

Zur NRW-Repräsentanz in Tokio wurde berichtet, daß die hierzu gebildete Aktiengesellschaft nach japanischem Recht am 24. Januar 1992 beim Registergericht Tokio eingetragen worden sei. Nach Ansicht aller Japan-Experten biete diese Rechtsform die besten Voraussetzungen und genieße hohes Ansehen. Sie werde von einem dreiköpfigen Vorstand aus dem langjährigen Repräsentanten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), dem Staatssekretär des NRW-Wirtschaftsministeriums und dem GfW-Geschäftsführer geleitet. Außer fünf ständigen Mitarbeitern, darunter zwei Deutschen, sollten jährlich zwei oder drei Beamtenanwärter nach Tokio entsandt werden.

SPD: Solidarbeitrag des Landes zur Einheit macht Einschränkungen nötig

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bezifferte die Auswirkung des Nachtrags auf die Schule so: „Insgesamt wird ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 2446 Stellen haushaltsmäßig abgesichert, davon im Umfang von 1546 Stellen durch Streichung von kw-Vermerken.“ Es sei Ziel, daß in den Schulen mehr Unterricht stattfinde. In Höhe der verbleibenden 900 Stellen würden bisher für Erziehungsurlaub und Sonderunterricht veranschlagte Stellen abgesetzt, „so daß sich der Gesamtstellenbestand des Einzelplans 05 nicht verändert“. Außerdem würden im Umfang von rund 1400 Stellen Mittel für die befristete Beschäftigung bei Erziehungsurlaub bereitgestellt. Der Minister abschließend: „Mit dem hier eingebrachten Nachtragshaushalt beweist die Landesregierung Handlungsfähigkeit und haushaltspolitische Verantwortung.“

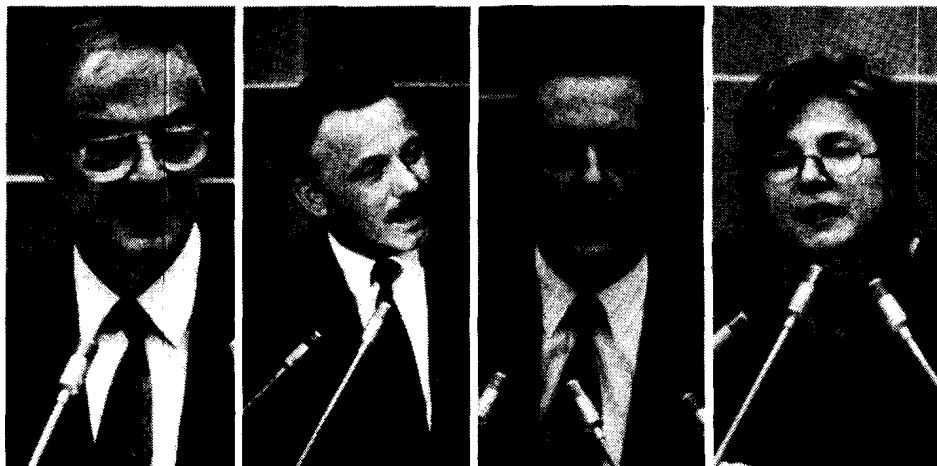
Peter Bensmann (CDU) zeigte sich unzufrieden: „Herr Finanzminister, das, was Sie hier im Nachtragshaushalt vorgelegt haben, ist und kann nicht die Antwort auf das Kienbaum-Gutachten sein.“ Im weiteren werde sich zeigen, wer in der SPD die Oberhand gewinne, die Finanzpolitiker oder die Bildungspolitiker. Der Deckungsvorschlag des Finanzministers, die Kürzung der Zinsausgaben, sei „erstaunlich“. Als ihn die CDU unterbreitet habe, sei er von der SPD abgelehnt worden. Der Entwurf, so die Kritik Bensmanns, berücksichtige weder die in Bonn beschlossene Erhöhung der Strukturhilfemittel auf 1,5 Milliarden noch das gleichfalls beschlossene Besoldungsanpassungsgesetz und hier insbesondere die Planstellenobergrenzenverordnung. „Unter dem Taktstock des Finanzministers wird getrickst, verschleiert und werden die eigentlichen Probleme vor sich hergeschoben“ — so das Urteil des Sprechers.

Rudolf Wickel (F.D.P.) monierte, daß schon acht Wochen nach Verabschiedung des Landeshaushalts 1992 der erste Nachtragsetat vorgelegt werde. Wenn zur Beschleunigung der Asylverfahren 108 neue Stellen erforderlich seien, 50 aber nur im Nachtrag

erschieden, stelle sich doch die Frage, ob NRW der getroffenen Vereinbarung folgen wolle oder nicht. „Dreimal herzlich lachen“ müsse man im Bereich der Verbesserung des Schulwesens: Unter dem Strich die gleiche Lehrerzahl, aber eine „gigantische Verschiebung von kw-Stellen“. Für die Umsetzung von Kienbaum in 1992 gebe es ganze 67 Millionen — „der Berg kriebe und gebe ein Mäuslein“. Das „System Rau“ stehe vor der Auflösung, es werde nicht mehr geführt und geleitet, die Minister profilieren sich auf Kosten anderer Minister.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) kritisierte den Teil des Nachtrags, „der der Abschreckung und der Abschiebebeschleunigung gegen Asylsuchende gewidmet ist“. Zusammen mit dem Schengener Abkommen lasse er den Artikel 16 des Grundgesetzes zur „leeren Hülse“ werden. Die Grünen seien nicht bereit, auch nur eine Mark Steuergelder zur Demontage des Asylrechts zu verschwenden. Bei der Schule blieben bei den Lehrerstellen eine „riesige Versorgungslücke“ von bis zu 6000 Stellen. Von den 1750 zusätzlichen Neueinstellungen seien nur 200 nicht befristet; wie man mit befristeten Arbeitsverhältnissen der wachsenden Schülerzahlen Herr werden möchte, sei ihr ein Rätsel. Ihre Fraktion könne dem Nachtragshaushalt, weil er unsozial und unsolid gemacht sei, nicht zustimmen.

Ernst Walsken (SPD) wunderte sich über diese Ablehnung, die vor der parlamentarischen Beratung erklärt worden sei; das sei nicht üblich. Die Finanzierung durch Absenkung der Kreditmittel sei nur in diesem Jahr möglich, das sage nichts über die Finanzierungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren aus, wenn sich die Personalkosten von jetzt 78 auf 250 Millionen Mark aufaddierten. Im übrigen habe er nicht den Eindruck, daß sich bei der Opposition schon herumgesprachen habe, wie hoch der Solidarbeitrag des Landes zur Finanzierung der Deutschen Einheit in den nächsten fünf Jahren sein werde, nämlich 20 Milliarden Mark. Da müsse man sich Einschränkungen überlegen und könne nicht dauernd neue Lehrerstellen fordern.



Unterschiedliche Gewichtung des Nachtragshaushalts für 1992 (v.l.): Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), Peter Bensmann (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

Hubert Doppmeier †

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, hat der Betroffenheit des Landesparlaments über den Tod des ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten Hubert Doppmeier Ausdruck gegeben:

Nachruf

Der Landtag Nordrhein-Westfalen trauert um Hubert Doppmeier, der am Wochenende nach schwerer Krankheit im Alter von 48 Jahren verstorben ist. Hubert Doppmeier gehörte dem Landtag Nordrhein-Westfalen von Mai 1980 bis zum Mai 1990 an. In diesen zehn Jahren war er unter

anderem Mitglied des Ältestenrates, des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, des Ausschusses für Innere Verwaltung, des Wahlprüfungsausschusses und des Sportausschusses. Im Dezember 1990 errang er ein Mandat des Deutschen Bundestages.

Der berufliche Lebensweg von Hubert Doppmeier vom Sperrholzfacharbeiter zum Rechtsanwalt und Notar verrät etwas über die Energie und Zielstrebigkeit des gebürtigen Langenbergers. Seit 1969 war er Mitglied der CDU. Er hat seiner Partei und den Bürgerinnen und Bürgern seiner Gemeinde Langenberg und des Kreises Gütersloh in verschiedensten Funktionen gedient. Er hat sich mit großem Fleiß den vielfältigen Aufgaben zum Wohle unseres Landes

gestellt. Sein besonderes Engagement galt der Stärkung des ländlichen Raumes und dem Wohnungsbau. Als wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen profilierte er sich durch Sachverstand und Hartnäckigkeit auf diesem Feld der Politik. Die CDU-Fraktion wählte ihn im Februar 1987 zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden.

Hubert Doppmeier hat sich uns allen als ein engagierter Demokrat und fairer Kollege erwiesen, der auch über die Parteigrenzen hinweg Achtung und hohe Anerkennung erworben hat.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird Hubert Doppmeier ein ehrendes Gedenken bewahren.

Bewußtsein für Entwicklungshilfe im Land heranbilden

Die Bürger in Nordrhein-Westfalen wie auch in der übrigen Bundesrepublik müssen nach Auffassung von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) an Gesprächen über Methoden und Inhalte der Entwicklungspolitik beteiligt werden. Wie er vor dem Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausführte, werde die Entwicklungspolitik von zwei Faktoren bestimmt. Das sei der Ausgleich im Ost-West-Gefälle, der mehr Kräfte in Anspruch nehme als in Analysen angenommen worden sei, sowie der Nord-Süd-Konflikt, der sich weiter verschärfe, weil die Ursachen der Verarmung im Süden nicht hätten wirksam genug bekämpft werden können. Der Süden suche gerechte Wirtschaftsbeziehungen mit dem Norden.

Der Ministerpräsident wiederholte eine eigene Aussage, wonach es „für uns“ darauf ankomme zu lernen, wenig zu nehmen. Die Not und der Mangel ost- und südosteuropäischer Länder sei nicht gleichzusetzen mit der

Entwicklungsproblematik der reichen Länder des Nordens und der armen Länder des Südens. Die Entwicklungspolitik betreffe auch Flucht- und Wanderungsbewegungen. Flüchtlingspolitik müsse die Ursachen für Flucht und Wanderung bekämpfen. Rau berichtete, er habe mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe (SPD) vereinbart, die internationale Arbeit zu verknüpfen, wo immer es möglich sei, und die Zusammenarbeit besonders auf den konkreten Friedensdienst, einmalig in der Bundesrepublik, auszudehnen. Auch der SPD-Abgeordnete Reinhold Hemker nannte den konkreten Friedensdienst in der Bundesrepublik beispielhaft.

Der CDU-Abgeordnete Franz Skorzak berichtete von Veröffentlichungen, wonach 90 Prozent der Afrikaner, die in Europa studierten, nicht zurückgingen. Zu überlegen sei deshalb, ob nicht Objekte in Entwicklungsländern gefördert werden sollten, die die Leute nach ihrem Studium aufnehmen könn-

ten. Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn fragte, was man erreichen könne mit wenigen Mitteln. Sie fand es wichtig, die richtige Informations- und Aufklärungspolitik zu betreiben. Der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Schmitz regte an, Nordrhein-Westfalen sollte einen Schwerpunkt der Entwicklungspolitik setzen. Der SPD-Abgeordnete Helmut Kupski erinnerte daran, wie wichtig es sei, Bewußtseinsänderungen „bei uns“, bei den Industrienationen herbeizuführen, und der CDU-Politiker Hermann-Josef Arentz bat den Ministerpräsidenten, den Anteil der Landesmittel für den Bereich der Entwicklungshilfepolitik kontinuierlich zu erweitern. „Wir werden ja von den Folgen eingeholt, wenn das unterbleibt“, meinte Arentz. Unterausschußvorsitzender Büssow (SPD) hielt fest, die Fraktionen sollten mit der Regierung eine Art Plattform entwickeln und ein Thesenpapier aufstellen, das Grundlage eines Hearings sein könnte.

Ehe sich der Nord-Süd-Beauftragte Jürgen Schroer kurz vorstellte, erklärte der CDU-Abgeordnete Norbert Giltjes: „Wir begrüßen den Beauftragten.“ Damit wolle er nicht sagen, daß die CDU unbedingt auch die Einrichtung eines Beauftragten begrüße. Der neue Nord-Süd-Beauftragte unterstrich in seinem Statement, für das Ausland gelte, keine Hilfe zu leisten, die neue Abhängigkeiten schaffe.

In einer Aktuellen Viertelstunde zu Beginn der Sitzung hatte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) seine Aussagen in einer Sendung erläutert. Er habe zu den Beschlüssen von Maastricht erklärt, eine klare Inaussichtstellung der Nachbesserungen müsse kommen. Das entspreche dem Beschluß des SPD-Präsidiums. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) ergänzte, sowohl er als auch der saarländische Ministerpräsident Lafontaine hätten dem Präsidiumsbeschluß zugestimmt.



Über eingeleitete Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs und des Schadstoffausstoßes von Gebäuden hat sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen auf einer Informationsreise nach Hamburg, Berlin und Potsdam unterrichtet. Zum Abschluß fand in der brandenburgischen Hauptstadt eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des dortigen Landtags (Bild) statt. Das Foto zeigt von links Ausschußassistent Norbert Müller, Staatssekretär Dr. Horst Gräf, Wohnungsbauministerin Ilse Brusis (SPD), den Potsdamer Ausschußvorsitzenden Dr. Martin Neumann (F.D.P.), den Düsseldorfer Ausschußvorsitzenden Volkmar Schultz (SPD), Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling sowie die beiden Ausschußmitglieder Wilfried Kramps und Robert Schumacher (beide SPD).

Foto: Kebbe

Heinrich Stakemeier, Staatssekretär a.D., ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Stakemeier, der in Eversberg/Kreis Meschede geboren wurde, war von 1966 bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1974 als Staatssekretär in verschiedenen Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen tätig. Im Innenministerium widmete er sich zuletzt unter anderem der kommunalen Neugliederung.

Erfolgreicher FCL als Spielpartner gefragt

Flügelflitzerin Yvonne wirbelt die Abwehrreihen durcheinander

Der FC Landtag hat eine erfolgreiche erste Saison als eingetragener Verein hinter sich. Uwe Herder, Vorsitzender, Teamchef und linker Abwehrreife, sowie Schatzmeister und Torjäger Reinhold Hemker ziehen zufrieden Bilanz.

Im Januar 1991 als eingetragener Verein in der Lobby des Landtags gegründet, hat der FCL zur Zeit 67 Mitglieder; 39 davon bilden den aktiven Spielerkader. Dazu gehören Abgeordnete aller Fraktionen; das Schußbein geschwungen haben bisher: Hans Alt-Küpers, Roland Appel, Günter Harms, Reinhold Hemker, Uwe Herder, Hans Kraft, Hans-Joachim Kuhl, Günter Langen, Michael Ruppert, Heinz-Helmich van Schewick, Michael Vesper, Gerhard Wächter, Ernst Walsken sowie die Altinternationalen Rainer Maedge und Albert Klütsch. Komplettiert wird die Abgeordnetenriege durch Landtags- und Fraktionsbeschäftigte, darunter mit Yvonne Kempen auch eine Frau, die als Flügelflitzerin bereits mehrere gegnerische Abwehrreihen gehörig durcheinandergewirbelt hat. Der FC Landtag finanziert sich aus den Beiträgen seiner Mitglieder; aus der Staatskasse erhält er keinen Pfennig. Als mittlerweile in ganz NRW gefragter Spielpartner bringt er vielmehr gleich in doppelter Hinsicht Geld zu den verschiedenen Spielorten: zum einen, weil er als Publikumsmagnet für

gute Einnahmen sorgt, die gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden, und zum anderen, weil er selbst aus seinen Beiträgen Spenden zur Förderung sozialer Projekte überreicht.

Der FCL hat dabei viele Freunde gewonnen, er hat tolle Spiele geliefert und sich mit Elan für Kinderheime, für Behinderteneinrichtungen oder für die Aids-Hilfe eingesetzt. Auch sportlich ist die Bilanz positiv. Bei 17 Spielen erkämpfte und erspielte sich der FCL 19:15 Punkte. Ein guter Mittelplatz also mit Anschluß zur Tabellenspitze. Das Torverhältnis dagegen ist trotz der hervorragenden FCL-Keeper negativ. Verantwortlich dafür war in erster Linie die hohe 12:4-Niederlage gegen die Mannschaft des WDR mit seinen ehemaligen Bundesliga-Profis. Ein Ausrutscher, der künftig vermieden werden soll. Alles in allem: Die Erfolgskurve des FC Landtag weist dynamisch nach oben. Die Mischung aus Freude am Fußball und Einsatz für wohltätige Zwecke ist unschlagbar und Positiv-Werbung für Politik und Parlament.

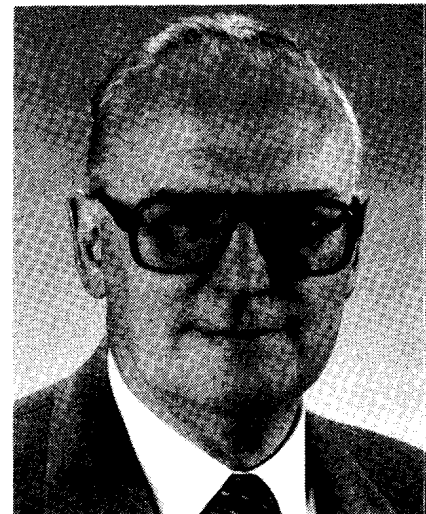


Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Schiedsmannsvereinigung für den Landgerichtsbezirk Düsseldorf Schiedsfrauen und Schiedsmänner sowie deren Vertreter im Landtag empfangen. In einem Grußwort hat die Präsidentin daran erinnert, daß die Gründungsversammlung damals im Haus des Landtags stattgefunden habe. In den vergangenen vier Jahrzehnten hätten die ehrenamtlich tätigen Schiedsfrauen und Schiedsmänner wichtige und wertvolle Arbeit geleistet. An dem Empfang nahm auch der Direktor beim Landtag, Heinrich Grobs-Sender teil. Das Bild zeigt v. l. den Landesvorsitzenden der Schiedsmannsvereinigung und Bürgermeister von Rheine, Günter Thum, den Bundesgeschäftsführer Hemm, die Präsidentin sowie Jürgen Hupperts vom Vorstand des Bundes Deutscher Schiedsmänner (BDS), Landgerichtsbezirk Düsseldorf, aus Monheim. Foto: Schüler

Grüne Abgeordnete spenden für Entwicklungshilfeprojekte des FC Landtag

300 Mark haben die Abgeordneten der Grünen auf ein Sonderkonto des FC Landtag gespendet. Mit dem Geld sollen Entwicklungshilfeprojekte der „Aktionsgemeinschaft Humane Welt“ in Zimbabwe gefördert werden. Die Fußballmannschaft des Landtages wird Anfang April eine zehntägige Reise nach Zimbabwe unternehmen — verbunden mit Wohltätigkeitsspielen für Entwicklungshilfeprojekte. Die SPD-Abgeordneten Uwe Herder und Reinhold Hemker, Stammspieler des FC Landtag, hatten alle Landtagsabgeordneten zu einer Spende aufgerufen, „damit der FC Landtag nicht mit leeren Händen nach Zimbabwe kommt“.

Diether Posser beging seinen 70. Geburtstag



Dr. Diether Posser

„Er hat als Minister für Bundesangelegenheiten, als Justizminister und als Finanzminister über fünfundzwanzig Jahre die Politik in unserem Lande mitgestaltet; er ist Faktor und Mittler einer politischen Kultur, an der wir uns auch nach seinem Ausscheiden aus der aktuellen Politik orientieren und auch messen lassen sollten.“ Mit diesen Worten hat Ministerpräsident Johannes Rau kürzlich seinen Freund und politischen Weggefährten Dr. Diether Posser (beide SPD) in „Landtag intern“ gewürdigt. Anlaß war die Rezension eines Buches von Posser mit dem Titel „Anwalt im kalten Krieg“. Der Mann, dem auch in anderen politischen Lagern eben diese politische Kultur bescheinigt wird, ist am Montag, 9. März 1992, in seinem Geburtsort Essen 70 Jahre alt geworden. Rau ehrte Diether Posser mit einem Empfang. Erster Gratulant war Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). „Hätte Dieter Posser am 17. September 1978 elf Stimmen mehr bekommen, er wäre drei Tage später zum Ministerpräsidenten gewählt worden — statt Johannes Rau“, schrieb NRZ-Chefredakteur Jens Feddersen in seiner Laudatio. Die SPD entschied sich damals für Rau. Aber die Freundschaft der beiden blieb davon ungetrübt. Gegenüber dem Redakteur der anderen Essener Zeitung, Wulf Mämpel von der WAZ, äußerte Posser anläßlich seines Geburtstages: „Ich habe in meinem langen politischen Leben nichts getan, was ich ethisch nicht hätte verantworten können. Deshalb lehne ich den Satz, Politik verderbe den Charakter, ab. Es muß vielmehr heißen: Schlechte Charaktere verderben die Politik.“ Diether Posser war indessen nicht immer Politiker. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst in der Essener Anwaltskanzlei seines politischen Mentors Gustav Heinemann, des späteren Bundespräsidenten. Mit ihm und Rau gründete er 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), die aber scheiterte. Die Folge war der Eintritt in die SPD. 1966 wurde er in den Landtag gewählt. Es folgten die vielen Ministerämter, von dessen letztem als Finanzminister er 1988 zurücktrat. 1990 schied Posser, ein brillanter, nie verletzender Redner, aus dem Landesparlament aus. Nun hat er sein erstes Buch geschrieben. Es ist auf Anhieb ein Bestseller geworden.

SPD-Fraktion

Berufliche Anreize für Krankenpflege schaffen

Die SPD-Landtagsfraktion hat Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt aufgefordert, berufliche Anreize für die Krankenpflege zu schaffen und damit ein Signal gegen den Pflegenotstand zu setzen. Außerdem müßten bundeseinheitlich die Stellenpläne und Personalschlüssel dem Bedarf angepaßt werden. „Dazu ist es dringend erforderlich, daß der Bund seiner Pflicht nachkommt und endlich die neuen Zahlen auf den Tisch legt“, forderte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann. Landesgesundheitsminister Hermann Heinemann betonte

in der Fraktionssitzung, daß die Engpässe in der Krankenpflege mit den Mitteln der Krankenhausbedarfsplanung nicht zu beheben seien. Es müßten vielmehr die Berufsaussichten für den Krankenpflegeberuf wieder attraktiver gemacht werden. Nach Auffassung des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Wolfram Kuschke, kann das erreicht werden durch neue Arbeitszeitmodelle, den Abbau von Belastungsspitzen oder die Entlastung von berufsfremden Aufgaben. Darüber hinaus begrüßte die Fraktion, daß die Landesregierung die Imagekampagne „Beruf fürs Leben“ der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen finanziell unterstützt. Die Landesregierung teilte zudem mit, daß sie Modellstudiengänge an Hochschulen für Lehrkräfte im Bereich Pflege analog der Berufsschullehrerausbildung vorbereite.

★

Als einen klugen, entschlossenen und erfolgversprechenden Schritt zur Strukturverbesserung des nördlichen Ruhrgebietes werten die SPD-Abgeordneten Reinhold Trinius und Ernst-Martin Walsken das Vertragswerk zur „Neuen Mitte Oberhausen“. Art und Umfang der finanziellen Beteiligung der öffentlichen Hand an dem Projekt seien unverzichtbar notwendig, wenn ein ernsthaftes Interesse an der strukturellen Verbesserung dieser Region des Ruhrgebietes vorausgesetzt werde. Dazu gehört nach Auffassung von Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion auch die Unterstützung des Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrotherapie (EFMT) in Bochum. Das Bochumer Projekt sei geeignet, einen wesentlichen medizinischen Fortschritt zum Wohle der Patienten zu erzielen. Diese Chance gelte es wahrzunehmen und gleichzeitig eine strukturpolitische Innovation für das Ruhrgebiet zu wagen.

CDU-Fraktion

Kühns großer Beitrag zum Fortschritt des Landes

Zum Tode des früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linsen: „Heinz Kühn hat als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen vom Dezember 1966 bis zum September 1978 einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt unseres Landes und zum Erhalt des sozialen Friedens in NRW geleistet. Bedeutende Stationen seines Wirkens als

Ministerpräsident waren der historische Schulkompromiß des Jahres 1968 sowie die 1975 abgeschlossene kommunale Neuordnung in Nordrhein-Westfalen. Daß diese beiden großen politischen Reformen in einem parteiübergreifenden Konsens verabschiedet werden konnten, war nicht zuletzt der großen Fähigkeit von Heinz Kühn zur Integration und zum demokratischen Kompromiß zu verdanken.

Wir haben einen großen Demokraten verloren, dessen politisches Handeln bei allem Streit in der Sache stets am Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert war.“

★

Als „völlig unzureichend“ hat der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Siegfried Zellnig, das Wohnungs-

bauprogramm 1992 der Landesregierung kritisiert. „Aus ideologischen Gründen verzichtet die Ministerin weiterhin auf den Bau von 20 000 zusätzlichen Wohnungen. Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits vor einigen Tagen aufgezeigt, wie man mit dem gleichen Finanzvolumen, das Frau Brusis einsetzt, 55 000 statt nur 35 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen bauen kann, wenn man auch bereit ist, den sogenannten dritten Förderweg einzuschlagen.“

Die Kritik der Bauministerin an der Bundesregierung ist völlig deplaziert. Wenn der Bund für 1992 nicht noch zusätzliche Mittel bereitgestellt hätte, wäre das Wohnungsbauprogramm über 30 000 geförderte Wohneinheiten nicht hinausgekommen.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Nordrhein-Westfalen ist keine Bananenrepublik

Die Äußerungen des Chefs der Staatskanzlei, Minister Wolfgang Clement, vom 28. Februar 1992, die Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen betreibe eine „systematische Verleumdungskampagne gegen einzelne Mitglieder und gegen die Politik der Landesregierung“ dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat die Aufgabe zu kontrollieren, ob die Landesregierung nach Recht und Gesetz handelt. Dort, wo der Verdacht auftaucht, daß Regierungshandeln gegen Gesetze oder Verfassungsrecht verstößt, ist es geradezu die Pflicht des Landtages, diesen Verdachtsmomenten nachzugehen.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen kein Dogma der Unfehlbarkeit der Landesregierung. Noch vor wenigen Wochen hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt, daß die Finanzierung der Anzeigenkampagne des Umweltministers vor der letzten Landtagswahl durch den Finanzminister verfassungswidrig gewesen ist. Ein weiterer Verstoß des Finanzministers gegen verfassungsrechtliche Vorschriften wird beim Ankauf und Verkauf des Thyssen-Geländes in Oberhausen befürchtet. Auch wird die Förderung des Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrotherapie in Bochum von Teilen des Landtages als äußerst kritikwürdig angesehen. Es ist Aufgabe des Landtages, dieser Kritik nachzugehen. Dies hat mit Verleumdung nichts zu tun. Derjenige, der die Aufgabenwahrnehmung des Parlamentes als systematische Verleumdungskampagne gegen Mitglieder der Landesregierung beschreibt, will in Wirklichkeit die kritische Überprüfung der Arbeit der Landesregierung tabuisieren. Dies ist in einer parlamentarischen Demokratie nicht hinnehmbar.

Wer sich anmaßt, Teilen des Parlamentes vorzuwerfen, sie handelten im parteipolitischen Interesse und stellten diese über die Interessen des Landes, verkennt völlig die politische Auseinandersetzung in einer parlamentarischen Demokratie und überschreitet die Schwelle der Gleichsetzung der Wahlichancen der eigenen Regierung mit den Interessen des Landes. Wenn jetzt der Versuch gemacht werden sollte, die wirtschaftspolitischen Ziele der Strukturpolitik für unser Land gegen die Vorwürfe der Rechtswidrigkeit der Finanzierung in einzelnen Fällen, insbesondere im Fall Oberhausen, auszuspielen oder abzuschotten, wird das Tisch Tuch zwischen Regierung und Opposition weiter zerschnitten. Auch davor ist die Regierung zu warnen.

(Zusatz:) Die Entgleisungen des Ministerpräsidenten, der der Opposition „die Psyche eines Amokläufers“ unterstellt hat (Amokläufer sind psychisch deformiert und gehören eingesperrt), zeigen, welchen verhängnisvollen Weg die Landespolitik nehmen kann, wenn die Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie verletzt werden.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Ausländerrecht — Stützpfiler des Frauenhandels

Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für verheiratete Ausländerinnen haben die Grünen im Landtag gefordert. Die Grünen forderten die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative auf, mit der das Ausländergesetz geändert und verheiratete Ausländerinnen mit dem Tag der Eheschließung ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik bekommen sollen. Dazu sagt Marianne Hürten, frauenpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag:

„Das herrschende Ausländerrecht ist ein Machtmittel in der Hand gewalttätiger Ehemänner und Frauenhändler. Ausländische Frauen sind gezwungen, materielle und sexuelle Ausbeutung und Gewaltanwendung zu erdulden, da ihr Aufenthaltsrecht an die Ehe gebunden ist.“

Bei Trennung oder Scheidung werden sie, wenn sie nicht mindestens vier Jahre in der BRD leben, in ihr Herkunftsland abgeschoben. Dieses sexistische Recht spielt illegalen und legalen Heiratsvermittlern direkt in die Hand. Sie holen beispielsweise Frauen hierher, um sie als Prostituierte arbeiten zu lassen. Für 5 000 bis 10 000 Mark wird den Frauen eine Ehe vermittelt, damit sie sich in der Bundesrepublik unbehelligt ausbeuten lassen können.

Auch an echte Ehe Kandidaten werden

Frauen vermittelt, mit vollem Probe- und Umtauschrecht für die Männer. Für die Frauen selbst gibt es keine Rechte.“

Übergangsweise soll nach Meinung der Grünen ein „Gewaltschutzverlaß“ Ausländerinnen vor Abschiebung schützen, die sich wegen Gewalt in der Ehe von ihrem Mann trennen. Für ausländische Zeuginnen in Prozessen gegen Frauenhändler und Zuhälter fordern die Grünen ein Bleiberecht. Marianne Hürten: „Wer Frauenhändlern das Handwerk legen will, muß die betroffenen Frauen nachhaltig vor Verfolgung und Ausweisung schützen. Die von der Landesregierung beschlossene Abschiebe-Schutzfrist von vier Wochen ist ein Witz, das belegt der aktuelle Frauenhändler-Prozeß in Essen. Die Frauen sind schon lange ausgewiesen, bevor sie als Zeuginnen geladen werden können.“

Unerwarteter Erfolg einer Spendenaktion für Stadt in Siebenbürgen

Die Hilfsaktion für Rumänien, die der Haus-Handwerker im Landtag, Fritz Bree, angekurbelt hat, zeitigt ganz unerwartete Erfolge. Bree gegenüber „Landtag intern“: „Damit haben wir niemals gerechnet.“ Die Spendenaktion, die noch bis annähernd Ende März läuft, hat bisher ein großes Echo im Landesparlament selbst, aber auch außerhalb gefunden: Über 220 Kartons waren bereits vor einer Woche verpackt. Fritz Bree rechnet mit 260 Kartons insgesamt, die Anfang April mit Lastwagen auf die Reise nach Rumänien gehen sollen. Ziel ist Nisi Peni, eine Stadt in Siebenbürgen. Nach Entladen des Lkws erfolgt dann die Verteilung der Spenden durch die deutschen Begleiter direkt vor Ort. Damit soll sichergestellt werden, daß die Hilfsgüter auch wirklich an Bedürftige gelangen. Vor allem an Kinder wird dabei gedacht. Fritz Bree rechnet mit einem Verteilungszeitraum von acht bis 14 Tagen. Die Palette der Spenden, die bisher eingetroffen sind, reicht von Herren-, Damen- und Kinderbekleidung über Haushaltsartikel wie zum Beispiel Geschirr, Spielsachen und Wolle bis hin zu Geld und Lebensmittel. Bree fügte ergänzend hinzu: „Es sind unwahrscheinlich viele gute Schuhe dazugekommen.“ Darunter Herren-, Damen- und Kinderstiefel, nach denen in Rumänien große besondere Nachfrage besteht. Auch 60 Einweckgläser komplett mit Ringen und Dampfdruckkessel zum Einkochen sind im Landtag eingegangen. Besonders aber hat den Haushandwerker Bree gefreut, daß viele Abgeordnete persönlich Spendenpakete mit der Post an die Spendensammelstelle im Parlament gesandt haben.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmark, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 19. März 1992, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

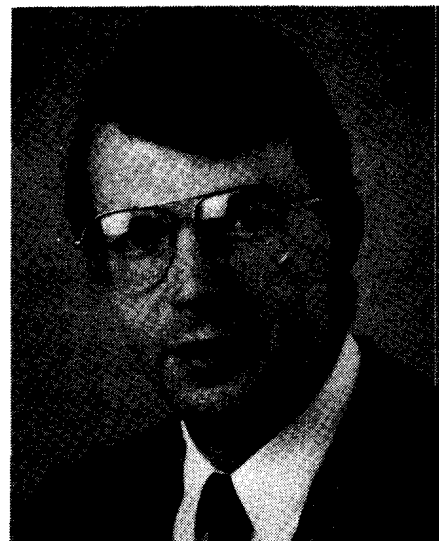
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Franz-Josef Britz (CDU)

Sein beruflicher und politischer Werdegang haben Franz-Josef Britz für zwei Parlamentsgremien prädestiniert: die Ausschüsse für Kommunalpolitik und Haushaltskontrolle. In beide bringt der CDU-Abgeordnete seine Erfahrungen als Kommunalpolitiker und Kenntnisse des Wirtschaftswissenschaftlers ein. Erst seit Mai 1990 im Landtag und in den beiden Gremien tätig, hat sein Wort aufgrund von Sachkenntnis und vorurteilslosem politischem Handeln bereits Gewicht.

Der gebürtige Essener, Jahrgang 1948, studierte nach dem Abitur Wirtschaftswissenschaften an der Bochumer Ruhr-Universität mit dem Abschluß Diplom-Ökonom. Nach der anschließenden Referendarzeit an der berufsbildenden Schule in Gelsenkirchen und der Zweiten Staatsprüfung wurde er als Oberstudienrat nach Gladbeck berufen. Dort unterrichtete Franz-Josef Britz bis zur Wahl in den Landtag insbesondere Volkswirtschaft und allgemeines Rechnungswesen. Bereits in frühen Jahren in der katholischen Jugend und später in der Studentengemeinde aktiv, trat der Essener 1971 der CDU bei und gehört heute dem Kreisvorstand seiner Partei an.

Kommunalpolitisch engagierte sich der Christdemokrat zunächst in der Bezirksvertretung des Stadtteils Steele/Kray mit seinen 80000 Einwohnern und wurde dann 1979 in den Essener Stadtrat gewählt. Als Finanzexperte seiner Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses machte sich Franz-Josef Britz stark für eine Privatisierung freiwilliger öffentlicher Leistungen bzw. dafür städtische Projekte in eine private Rechtsform zu überführen.

Als Beispiel nennt der Abgeordnete das Theater in Essen, von der Stadt initiiert, aber von einer GmbH gebaut. Statt der geplanten Baukosten von 135 Millionen Mark kam man mit 120 Millionen Mark aus. „Durch diese private Rechtsform waren erhebliche Einsparungen möglich“, resümiert der Christdemokrat. Diese Theaterbau GmbH hat das Theater dann an eine von der Stadt gegründete Gesellschaft verpachtet. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke tätig, hat Franz-Josef Britz übrigens auch den Bau des Müllheizkraftwerkes mit Entschwefelung mitinitiiert. Inzwischen ist er aus dem Stadtrat ausgeschieden, weil nach einem ungeschriebenen Gesetz der örtlichen Partei Abgeordnete kein Doppelmandat ausüben sollen.

Seine Motivation für die Arbeit im Landesparlament sieht der frühere Kommunalpolitiker insbesondere darin, auf die Probleme und Sorgen der Städte und Gemeinden aufmerksam zu machen und deren finanzielle Grundausstattung zu verbessern. In den früheren Jahren ärgerte es den Essener, daß Landtagsabgeordnete vor Ort die „Mütze des Kommunalpolitikers“ aufsetzten und dann in Düsseldorf ausschließlich die Interessen des

Landes vertreten. Der Landesparlamentarier drängt insbesondere darauf, daß die Zuweisungen des Landes an die Kommunen längerfristig verlässlich sind. „Andernfalls haben sie keine Planungsübersicht.“ Weiter tritt er dafür ein, daß bei einer Steigerung der Gemeinschaftssteuern auch der Anteil der Gemeinden wächst und sie die Zuweisungen des Landes möglichst nicht zweckgebunden erhalten. „Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Kommunen manche Projekte planen, nur weil es dafür Zuschüsse gibt.“

Nachdrücklich plädiert der Parlamentarier auch für eine Reform der Gemeindeordnung mit Abschaffung der kommunalen Doppelspitze und der Urwahl des dann hauptamtlichen Bürgermeisters. Die Kommunalpolitik kann nach seiner Ansicht nur davon profitieren, wenn der Bürger unmittelbar darüber mitentscheiden kann, wer für sechs oder mehr Jahre die Geschicke einer Gemeinde verantwortlich leitet.

Im Ausschuß für Haushaltskontrolle tritt Franz-Josef Britz dafür ein, daß das Parlament stärker seine Kontrollfunktionen gegenüber der Regierung wahrnimmt. Zu bemängeln sei auch, daß die Regierung aus den Berichten des Landesrechnungshofes nur selten, und dann ungenügend Folgerungen zieht. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, daß die Rechnungsprüfer schon lange vor den Kienbaum-Gutachtern die Stellenberechnungen im Kultusministerium kritisiert hatten. „Ihre damaligen Feststellungen blieben aber ohne Resonanz.“

Auch in der Freizeit engagiert sich der Vater von zwei Kindern, acht und zwölf Jahre alt, noch regelmäßig im kirchlichen Raum; er gehört u. a. dem Pfarrgemeinderat an. In den Sommerferien geht's aber mit der ganzen Familie in die Berge, vornehmlich ins Salzburger Land. Dann wird von der Politik völlig abgeschaltet.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 18. bis 23. März 1992

18. 3. **Dr. Dieter Haak** (SPD), 54 J.
 20. 3. **Rudolf Wickel** (F.D.P.), 59 J.
 21. 3. **Horst Jäcker** (CDU), 51 J.
 23. 3. **Manfred Heinemann** (CDU), 51 J.
 23. 3. **Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.)
 38 J.



Marcel Gärtner

Landespressekonferenz

Korrespondenten stellen sich vor

Marcel Gärtner, geboren 1931 in Berlin, aufgewachsen in Brüssel, ist Wahl-Düsseldorfer mit Herz und Verstand seit 1949. Nach Volontariat von 1950 bis 1953 bei der „Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung“ war er dort politischer Redakteur und Chef vom Dienst. 1959 Wechsel ins Landespresse- und Informationsamt der Landesregierung. Seit Anfang 1968 beim WDR, zunächst als landespolitischer Korrespondent im Hörfunk-Studio Düsseldorf, später (von 1979 bis 1985) Leiter des Europa-Studios Brüssel des WDR in Brüssel. Danach Landesstudio Düsseldorf, von 1985 bis 1990 Stellvertreter, seit 1991 Landesstudiodirektor. Hobbies: Wandern, Musik, Familie.

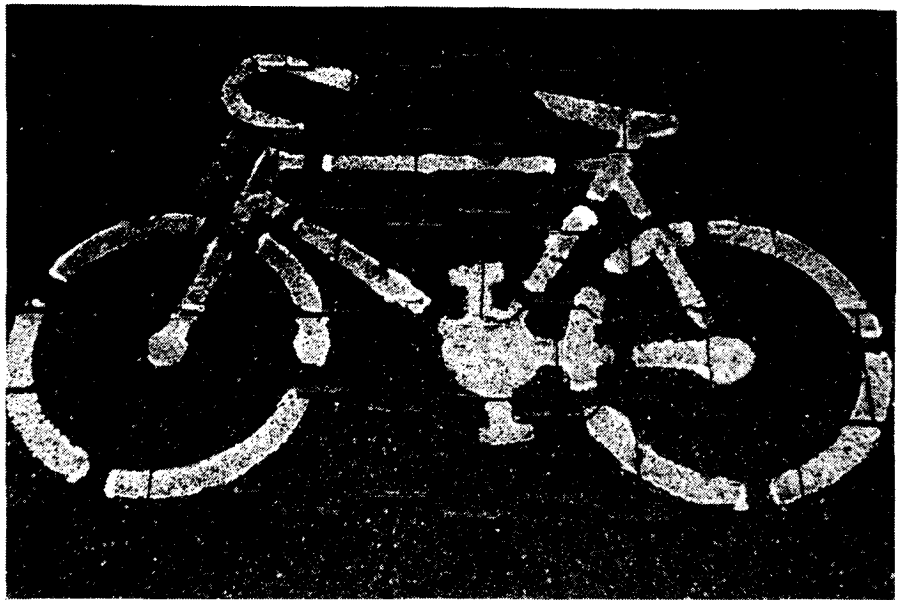
★

Brigitte Speth, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, ist vom Parteivorstand der SPD zum Mitglied der Kommission für Bildung und Wissenschaft gewählt worden. Die Nachricht wurde ihr vom Bundesgeschäftsführer **Karlheinz Blessing** überbracht. Der Kommission für Bildung und Wissenschaft beim Parteivorstand der SPD gehören aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen ferner Wissenschaftsministerin **Anke Brunn** als Kommissionsvorsitzende sowie der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Manfred Dammeyer** an.

★

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Landtagsabgeordneter, ist auf dem Kreisparteitag des F.D.P.-Kreisverbandes Wesel erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Von abgegebenen 126 Stimmen erhielt Kuhl bei fünf Enthaltungen und elf Nein-Stimmen 110 Stimmen. Der F.D.P.-Politiker Kuhl führt damit den siebtgrößten Kreisverband in Nordrhein-Westfalen im zwölften Jahr.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die Gleichberechtigung will die Revier-Stadt Marl am Rande des Münsterlandes auch auf ihren Radwegen durchsetzen. Die vermeintliche Ungerechtigkeit, daß auf Radwegen aufgemalte Verkehrszeichen immer nur Männer-Drahtesel zeigen, soll es künftig nicht mehr geben. Beim Aufmalen oder Aufsprühen des Verkehrszeichens auf das Pflaster mit Hilfe einer Schablone wird bei jedem zweiten Fahrrad die Mittelstange abgedeckt. Einmal weist also ein Damenrad, das andere Mal ein Herrenrad den Weg. Die Stadt Marl hat damit nach eigenen Angaben noch eine ganze Weile zu tun. Denn ihr Radwegenetz umfaßt 125 von insgesamt 500 Straßenkilometern. „Fahrradfahren hat in Marl Tradition“, erklärt dazu der städtische Verkehrsplaner Dr. Jürgen Göttsche. „Jeder vierte Weg wird in unserer Stadt auf dem Rad zurückgelegt. Das sind Verhältnisse, die man sonst nur in Universitätsstädten antrifft.“ Tatsächlich hat man in Marl schon immer Rücksicht auf die Belange der vielen tausend fahrradfahrenden Mitarbeiter der Hüls AG sowie der Zechen Rücksicht nehmen müssen. Kein Wunder, daß bei soviel Fahrradverkehr eigene Regeln gelten. Göttsche: „Unsere Bürger berufen sich auf das Marler Landrecht, wenn sie den Radweg auf der linken Seite benutzen.“

Foto: Hofmann/Pressestelle Marl